Einzelpreis 15 Pf. Halle, Freitag, den 5. März 1920. 31. Jahrgang • Nr. 55

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 106606. Hermann Schade

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 2,25 Mk., vierteljährl. 6,75 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 2.25 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 40 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 1,20 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Gegen die Bestialitäten in Ungarn.

Sozialistische Proteste.

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, gegen die grausamen Sozialistenverfolgungen in Ungarn eine Protestaktion einzuleiten. Zunächst wird folgendes Telegramm an den Obersten Rat des Völkerbundes gerichtet:

An den Obersten Rat des Völkerbundes durch Herrn Millerand, Ministerpräsidenten, Paris.

Unter Berufung auf die am 21. Juli 1919 dem ungarischen Minister Böhm als Grundlage der Anerkennung einer Ungarischen Regierung gestellten Bedingungen, auf den analogen Beschluß vom 27. Juli des Obersten Rates, und auf die Antwort des Ministers Böhm vom 1. August und in Anbetracht der politischen Morde und der Torturen, die täglich in Budapest vorkommen, der summarischen Hinrichtungen von Gewerkschafts- und Parteiführern, der willkürlichen Massenverhaftungen von gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern, der empörenden Sabotierung der letzten Wahlen, unter Hinweis speziell auf die raffinierte Marter, denen Männer, die in unseren Kreisen ihres geistigen und moralischen Wertes wegen hochgeachtet sind, zum Opfer fielen; in Anbetracht ferner der Tatsache, daß **Budapest nun einen Giftherd bildet, der ganz Europa mit Ruin und Gewalttätigkeit bedroht, protestiert die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz** energisch bei Ihrem Rat, der einen maßgebenden Einfluß in Budapest ausübt und durch die von ihm getroffenen Maßnahmen für die politischen Vorkommnisse, die sich gegenwärtig in Budapest abspielen, verantwortlich ist. Wir erwarten Ihrerseits eine energische Intervention, um diesen Verbrechen Einhalt zu gebieten.

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

•

Auch die italienischen Parteigenossen stehen in einer Protestbewegung gegen die Verfolgung des ungarischen Proletariats durch die militärischen Mörderbanden der Bourgeoisie. Im ganzen Lande finden seit dem 20. Februar große Solidaritätskundgebungen für die dem Wüten des ungarischen weißen Terrors Ausgelieferten statt. Sie sollen bis zum 7. März dauern.

Der Protestaufruf der italienischen Parteileitung enthält u. a. folgende markanten Stellen:

„... Es ist nicht zum ersten Male, daß wir das italienische Proletariat zu einer Solidaritätskundgebung rufen, aber heute hat unser Akt des Protestes eine andere Bedeutung. Er muß beweisen, daß das Rad der Geschichte nicht rückwärts gedreht werden kann, unser Protest soll zeigen, daß die langwierigen Befreiungskämpfe der unterdrückten Klassen diesem Bewußtsein und Kraft gegeben haben. Die Protestaktion soll den bürgerlichen Regierungen ins Gesicht schreien, daß sich das Proletariat nicht ungestraft und ungeächtet verderben lasse, der strikte Wille, ein derartiges Gemetzel nie wieder aufkommen zu lassen, muß in der Macht der Kundgebung zum Ausdruck kommen.

Der Aufruf, welcher von den Mitgliedern des Parteivorstandes und dem Sekretär unterzeichnet ist, schließt mit folgenden Sätzen: Den Brüdern, welche leiden, unseren Gruß und unsere Hoffnung. Es lebe die proletarische Solidarität, es lebe die Weltrepublik der Arbeiter!"

Wir begrüßen das Vorgehen unserer schweizerischen und italienischen Genossen, von dem wir wünschen möchten, daß es in allen Ländern nachdrücklichste Unterstützung findet. Der Kampf gegen die ungarische Konterrevolution ist keine lokale Frage, sondern eine europäische Frage. Er ist auch keine Parteifrage, keine lediglich vom Gefühl eingegebene Aktion, sondern eine für die gesamte europäische Demokratie eminent wichtige Angelegenheit. Die Schreckensherrschaft in Ungarn zeigt, wessen sich die Völker zu gewärtigen haben, wenn die alten Mächte, das feudale Junkertum und die in seinem Gefolge marschierenden Kapitalistenklüngel, die politische Macht wieder an sich reißen!

Wachsende Einsicht des „Obersten Rates".

Haag, 4. März. Laut Nieuwe Courant meldet Evening Standard, daß der Oberste Rat ein Memorandum über die Teuerung veröffentlichen wird, dessen beide erste Abschnitte sich mit Deutschland befassen. Es heißt darin, Deutschland sei für den gesamten Welthandel unentbehrlich. Ohne deutsche Erzeugungskraft und deutsche Organisation gehe die Kaufkraft Europas zugrunde und Europa werde von Amerika und Japan überflügelt. Die Alliierten müßten Deutschland bei seinem Wiederaufbau behilflich sein. Wenn man Deutschland und Frankreich nicht ungefähr auf denselben Zustand zurückbringe, wie vor dem Kriege, damit die Industrie beider Länder wieder fortfahren könne, zu arbeiten, könne das wirtschaftliche Gleichgewicht nicht wieder hergestellt werden.

Endlich!

Annäherung an Rußland.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat den Beschluß der Regierung, mit einigen Delegierten der Sowjetregierung in Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen einzutreten, gutgeheißen. Ferner begrüßt der Ausschuß die Absicht wirtschaftlicher und industrieller Kreise, eine Studienkommission nach Rußland zu entsenden, und er empfiehlt der Regierung, dieser Absicht Förderung angedeihen zu lassen, um damit die demnächstige Aufnahme der Handelsbeziehungen vorzubereiten.

Spät kommt ihr, doch ihr kommt, möchte man ausrufen. Den Absichten der großindustriellen Kreise wird die Regierung sicher keine Schwierigkeiten entgegensetzen, zumal ja auch die Deutschnationalen jetzt die gleichen Wünsche äußern. Doch was auch im Augenblick für Gründe treibend wirken, die Hauptsache ist, daß zwischen Deutschland und Rußland wieder für beide Teile vorteilhafte Beziehungen angeknüpft werden. Uebrigens wäre es seit langem selbstverständliche Pflicht der Regierung gewesen, aus eigener Initiative die Wiederanbahnung der Beziehungen mit Rußland zu betreiben und nicht erst abzuwarten, bis die großkapitalistischen Interessenten den Befehl erteilen. Denn außer diesen gibt es in Deutschland auch noch an die 60 Millionen anderer Reichsangehöriger, die durch die merkwürdige Rußlandspolitik der deutschen Regierung schwer benachteiligt wurden!

Denikin in der — „Mausefalle".

Amsterdam, 4. März. Die englischen Blätter veröffentlichen eine Reutermeldung, wonach aus Moskau amtlich berichtet wird, daß an der nördlichen Kaukasusfront das erste Kubankorps Denikins vollständig vernichtet worden sei. Denikin sei auf der Kubanhalbinsel in eine „Mausefalle" geraten.

Der Achtstundentag in Gefahr!

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist ein Anschlag auf den Achtstundentag geplant, der diese einzige Errungenschaft der Revolution völlig zu beseitigen droht. Man beabsichtigt im Eisenbahnministerium, eine neunte Stunde einzuführen, die als Ueberstunde bezahlt werden soll, mit der Begründung, daß die Kohlenhalden immer größer werden und die Kohle abtransportiert werden muß, und daß die Bergarbeiter nur bereit sind, Ueberstunden zu leisten, wenn es auch die Eisenbahner tun. Den Eisenbahnern soll, soweit sie an der Ueberarbeit beteiligt sind, laut Zusage des Wirtschaftsministeriums die wöchentliche Fettration verdoppelt werden. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat erklärt, daß er sich erst mit der Sache befassen kann, wenn seine Forderungen wegen Wiedereinstellung der Funktionäre erfüllt sind. Der Beamtenbund und der Allgemeine Eisenbahnerverband haben ihre Unterstützung für den Plan des Ministeriums bereits zugesagt, während die Christlichen sich auf die Seite der freien Gewerkschaften stellen.

Hier muß Alarm geblasen werden! Schon in den letzten Tagen gingen Meldungen durch die gesamte Presse, daß die Ueberstunden, welche die Regierung den Bergarbeitern abgezwungen hat, völlig zwecklos seien, da die meisten Gruben nur einen Bruchteil der Wagen gestellt bekommen, die zum Abtransport der durch die Ueberarbeit geförderten Kohlen nötig wären. So wird die Kohle auf die Halde gestürzt und die ganze Arbeit ist nutzlos. Aber ein Keil treibt den andern! Die Regierung, die mit aller Kraft den Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft betreibt, hat bei den Bergarbeitern A gesagt und muß nun folgerichtig im Eisenbahnbetrieb das B sprechen, dem das ganze kapitalistische Alphabet nachfolgen wird. Der Eisenbahnarbeiter soll 9 Stunden arbeiten, um die Wagen für den Bergbau herzustellen. Die Werkzeug- und Maschinenfabriken werden bald folgen müssen, um die Eisenbahn genügend beliefern zu können. Das kapitalistische Herz jubelt, der Profit schwillt an, die sogenannte „Volkswirtschaft" belebt sich — aber der Arbeiter, der mit doppelter Fettration gefüttert wird, feuft in den wiederangelegten Dampfschrauben und arbeitet für den Geldsack, da die Regierung verhinderte, seine Arbeitskraft in den Dienst einer sozialistischen Wirtschaft zu stellen.

Sollte es übrigens zutreffen, daß auch der Deutsche Eisenbahnerverband bereit wäre, den Achtstundentag zugunsten des Kapitalismus zu verraten, um eines augenblicklichen Vorteils willen, so müssen die revolutionär gesinnten Eisenbahner unbedingt gegen diese Absicht Front machen. Unter den gemaßregelten Funktionären werden viele Genossen sein, die ihre Einstellung um solchen Preis entrüstet ablehnen würden.

Die Notlage der Presse.

Wie aus Hamburg gemeldet wird, findet auf Einladung des Reichskanzlers heute eine Konferenz der Vertreter der Länder statt, in der über die Notlage der Presse beraten und Beschluß gefaßt werden soll.

Das Reichseinkommensteuergesetz.

Unter allen Steuergesetzen, die bisher der Nationalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet worden sind, ist das Reichseinkommensteuergesetz das wichtigste Steuergesetz für die Massen. Es wird, wie das Umsatzsteuergesetz, durch das jede Ware mit einer ihren Preis erhöhenden Abgabe für das Reich belastet worden ist, eine starke Belastung der leistungsunfähigsten Steuerträger mit sich bringen.

Die Beratungen der Vorlage sind so beschleunigt worden, daß das Gesetz am 1. April in Kraft treten kann. Es ist bezeichnend für die Steuergesetzgebung im neuen Deutschland, daß dieser Eile bei dem Steuergesetz, durch das die Massen belastet werden, eine weitgehende Gemächlichkeit bei den Besitzsteuergesetzen gegenüber steht. Eine ganze Reihe von ihnen sind bereits seit Monaten beschlossen, ohne daß bisher auch nur eine einzige Besitzsteuer zur Erhebung gelangt worden wäre.

Wenn auch das Reichseinkommensteuergesetz mit dem ungerechten Zustand endgültig bricht, der durch die Verschiedenartigkeit der landesgesetzlichen Bestimmungen und insbesondere durch die Ungleichheit der kommunalen Zuschläge bisher bestanden hat, so entspricht es doch nicht im geringsten den Anforderungen, daß eine Steuer vor allem nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers bemessen sein muß. Auch im neuen Deutschland ist an dem alten Grundsatz der Aufbringung des Staatsbedarfs durch indirekte Steuern, durch die die Massen in viel stärkerem Maße zur Steuerleistung herangezogen wurden als die Besitzenden, nicht gebrochen worden. Im Gegenteil, gerade jetzt hat der früher von der gesamten Sozialdemokratie bekämpfte Standpunkt, daß durch indirekte Steuern auf den Verbrauch und den Verkehr der größte Teil der Einnahmen geschafft werden muß, einen großen Sieg errungen. Neben der Perle aller indirekten Steuern, der Umsatzsteuer, soll auch durch andere Verbrauchs- und Verkehrssteuern ein großer Teil des Staatsbedarfs aufgebracht werden. Alle diese Steuern belasten die nichtbesitzenden Schichten im Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit am meisten.

Das gilt auch von der Reichseinkommensteuer. Die Begründung der Denkschrift zur Reichseinkommensteuer enthält zwar den durchaus richtigen Satz: „Soweit ein Einkommen nur die dringendsten Lebensbedürfnisse befriedigen kann, darf es zur Steuer überhaupt nicht herangezogen werden. Doch entsprechen diesem Grundsatz weder der Gesetzentwurf, noch die Beschlüsse der Kommission. Der Gesetzentwurf beabsichtigte nur den Betrag von 1000 Mk. von der Steuerleistung freizulassen, ein Betrag, der für verheiratete Personen auf 1500 Mk. und für jedes Kind auf weitere 300 Mk. festgesetzt worden war. In der ersten Lesung der Kommissionsberatung war der freizulassende Grundbetrag auf 2000 Mark erhöht worden, doch ist es den Bemühungen der Regierung und der Reaktionäre gelungen, ihn in der zweiten Lesung wieder auf 1500 Mk. für Ledige herabzudrücken, während für die Ehegatten und jedes Kind je 500 Mk. freibleiben sollen. Da in Preußen meistens bisher 900 Mk. steuerfrei waren, in anderen Bundesstaaten teilweise noch höhere Beträge, und da die Kaufkraft des Geldes gewaltig gesunken ist, so bedeutet die jetzige Regelung eine erheblich stärkere Heranziehung der niedrigen Einkommen zur Steuerleistung als früher, zumal, da noch nicht feststeht, ob nicht die Gemeinden das Recht erhalten werden, von noch geringeren Beträgen an die Einkommensteuer zu erheben.

Diese außerordentlich niedrige Festsetzung des Existenzminimums nimmt in keiner Weise Rücksicht auf die von Tag zu Tag steigenden Kosten der Lebenshaltung, die heute nach allen Berechnungen für eine vierköpfige Familie mindestens 8000 Mk. jährlich betragen und befördert auf diese Weise die Verelendung der Massen.

Ebenso unzulänglich sind die Bestimmungen über die Abzüge, die vom Gesamtbetrag des Einkommens gemacht werden können. Während dem Gewerbetreibenden gestattet ist, seine Geschäftsunkosten in weitestem Umfang in Abzug zu bringen, und er nicht selten sogar das Automobil, das in der Hauptsache dem privaten Luxus dient, sowie sonstige gesellschaftliche Aufwendungen in Abzug bringt, soll auch jetzt der festbesoldete Angestellte und Arbeiter Kosten, die zur Erzielung seines Einkommens nötig sind, nicht in Abzug bringen dürfen. Weder die Kosten, die aus der Beschaffung der jetzt unerschwinglich teuren Arbeitskleidung, aus der Beschaffenheit des Handwerkszeugs entstehen, darf er abziehen, noch die Beiträge, die er an seine Berufsorganisation leistet, und die doch auch zu den Werbungskosten gehören, mindestens ebenso wie die Beiträge, die der Unternehmer an seine Vereinigung bezahlt, und die er in allen Fällen als Geschäftsunkosten verbucht.

Eine sehr große Härte gegenüber der minderbemittelten Bevölkerung, in der häufig Mann und Frau erwerbstätig sein müssen, da ohne ihre gemeinsame Erwerbsarbeit die Familie verhungern müßte, ist die Tatsache, daß für die Besteuerung ihr Einkommen zusammengelegt wird, und sie dadurch wesentlich mehr Steuern bezahlen müssen als bei einer getrennten Veranlagung. Dasselbe ist geplant bezüglich der zu einer Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder und der volljährigen Kinder, soweit es sich nicht um Arbeitseinkommen eines Kindes handelt. Diese Bestimmung ist eine Verschlechterung gegenüber dem geltenden preußischen Einkommensteuergesetz und stellt eine Prämie für die Kinderlosigkeit dar, ebenso wie die Zusammenlegung der Einkommen der Ehegatten eine steuerliche Bestrafung der Eheschließung ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200305-14/fragment/page=0001

Parteigenossen!

Das Ergebnis des Belagerungszustandes und des Zeitungsverbotes muß die Verdoppelung der Zahl unserer Mitglieder und der Leser unseres Volksblattes sein. Für dieses Ziel auf ans Werk!

Die Parteileitung.

Der Steuertarif ist gegenüber den früheren Landessteuergesetzen erheblich erhöht worden. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß die Reichseinkommensteuer an die Stelle der Landes- und Gemeindeeinkommensteuer tritt, und daß nach dem Entwurf Zuschläge von den Gemeinden nicht erhoben werden sollen. In welcher Weise diese letztere Bestimmung auf die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden einwirkt, soll gelegentlich besprochen werden. Der Steuertarif sieht vor, daß von dem über 1500 Mk. betragenden Teil des steuerbaren Einkommens 10 v. H. als Steuerbetrag erhoben werden sollen, bei über 2000 Mk. 11 vom Hundert, und so steigend bis 60 v. H. bei über 500 000 Mk. steuerbaren Einkommens. Ist die Staffelung an sich gegenüber den jetzigen Bestimmungen ein Fortschritt, so bleibt sie doch weit hinter dem Maße zurück, das eine steuerliche Gerechtigkeit gebieten würde. Denn in dem Augenblick, in dem dem größten Teil des Proletariat das Nötigste fehlt, um überhaupt vor dem Verhungern geschützt zu sein, soll ihm von diesem unentbehrlichen Minimum noch etwas genommen werden, während die Besitzenden noch die Mittel zu der üppigsten Lebenshaltung haben.

Ein direktes Ausnahmegesetz gegen die Lohnempfänger aber ist die Bestimmung des Gesetzentwurfs, die die Erhebung der Einkommensteuer beim Unternehmer vorsieht. Künftig sollen bei der Lohnzahlung 10 v. H. des baren Arbeitslohnes einbehalten werden. Es ist kennzeichnend für den Geist, der der jetzigen Steuergesetzgebung innewohnt, und sie durch diese Bestimmung das berüchtigte Verfahren des § 23 des preußischen Einkommensteuergesetzes noch verschärft. Auch dieser Paragraph sah nur Vorbeugungsmaßnahmen für die Steuerhinterziehung der Lohnempfänger vor und ging an der gewaltigen und offenen Steuerhinterziehung der besitzenden Kreise der Bevölkerung mit Milde vorüber. Durch die Kommissionsberatungen ist dieses Ausnahmegesetz noch verschärft worden, indem die Uebernahme der Steuer durch den Unternehmer ohne Berechnung auf den Lohn für unzulässig erklärt wird.

Auf die praktischen Wirkungen und sozialen Folgen dieser Bestimmung wird noch näher einzugehen sein. Schon jetzt sei aber betont, daß ihre Durchführung nicht nur mit Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten gegenüber den Lohnempfängern verknüpft sein und eine außerordentlich starke Belastung der Verwaltungsbehörden zur Folge haben wird, sondern auch zu einer neuen starken Beunruhigung des Wirtschaftslebens.

Daß die Mehrheitsparteien der Nationalversammlung diese offenkundigen Schwierigkeiten mit in den Kauf nehmen wollen, ist eine Folge der Erkenntnis, daß bei den jetzigen Einkommensverhältnissen der großen Mehrzahl der Lohnempfänger auf anderem Wege eine Einziehung dieser so hohen Steuer unmöglich wäre. Die infamste Gestaltung der Steuerpolitik, der Mangel an sozialen Maßnahmen, durch die die Arbeiterklasse schutzlos der gewaltigen Verteuerung der Lebenshaltung preisgegeben wird, soll also noch durch Zwangsmaßnahmen verschärft werden.

„Erfolge" der Gewaltpolitik in Ostpreußen.

Gemeindewahlsiege der U. S. P.

Ostpreußen ist zurzeit die Stätte des schlimmsten nationalistischen Terrors. Den unlängst an dieser Stelle hierfür gegebenen Beispielen sei ein neues zugefügt, das seinesgleichen vergebens suchen wird. In Elbing sind die Wahlen der Elternbeiräte ausgeschrieben. Vor einigen Tagen sollte nun unser Genosse, Stadtverordneter Lehrer Lange, in einer Elternversammlung zu diesem Thema sprechen. Diese Versammlung wurde durch die Militärbehörde verboten. Damit dürfte wohl der Gipfel der deutschen Staatsreifheit erklommen sein.

Und der Erfolg dieser Politik? Nach sechzehn Revolutionsmonaten werden wir im Landkreis Elbing am Sonntag so weit, die Gemeindewahlen vorzunehmen. Die ersten unter gleichem Wahlrecht, denn bisher bestanden und bestehen im größten Teil des gewesenen Westpreußen noch immer die alten Dreiklassenparlamente. In diesen Wahlkampf ging unsere Partei mit gebundenen Händen und einen Knebel im Munde. Nicht eine Versammlung konnte abgehalten, nicht ein Flugblatt verteilt werden. Nationalsozialisten, Zentrum und Konservative hatten nach Herzenslust Versammlungen und Preßfreiheit. Und nun den Ausgang! Bis jetzt liegen die Ergebnisse von 5 Orten vor. Es sind gewählt: 12 Zentrumssecretäre, 28 Konservative, 36 **Unabhängige Sozialdemokraten**, 18 Mittelständler, 1 „Mehrheitssozialist", 6 Arbeiter mit bisher nicht bekannter Parteirichtung.

Es ist mit voller Bestimmtheit anzunehmen, daß die Zahl unserer Vertreter noch wesentlich steigen wird. In zwei Orten verfügen wir über eine unabhängige Mehrheit. Die Stimmenzahlen gegenüber der Nationalversammlungswahl liegen für uns sehr günstig. In Tolkemit, dem einzigen Städtchen des Kreises, stiegen die Stimmen der U. S. P. von 211 auf 480. Tolkemit hat ausschließlich katholische Einwohnerschaft. In Lenzen stiegen wir von 183 auf 199 Stimmen. — Noch ist es erst ein Teilergebnis, das gemeldet. Aber schon dieses zeigt die geblähte, gehnebelte U. S. P. als einzige Mandatarin der Arbeiterschaft, und zeigt den restlosen Zusammenbruch des Rechtssozialismus.

Anfragen des Genossen Kunert in der Nationalversammlung.

130. Sitzung. Donnerstag, den 4. März.

Genosse Kunert hat eine Reihe kleiner Anfragen in der Nationalversammlung eingebracht, die sich hauptsächlich gegen Maßnahmen Noskes richten. Wir heben die wichtigsten hervor.

Die erste richtet sich gegen die Verletzung der Verfassung der Republik, die Noske nach eigenem Zugeständnis dadurch plante, daß er sich über die Abgeordnetenimmunität hinwegsetzen wollte und eine Proscriptionsliste der zu verhaftenden Abgeordneten der Nationalversammlung aufstellen ließ. Die Anfrage heischt Antwort, ob die Reichsregierung ihre Zustimmung dazu gibt, daß Noske sein Vorhaben in einem geeigneten Augenblick ausführen will.

Die nächste Anfrage verlangt Auskunft, ob die Regierung bereit ist, für einen dauernden Frieden mit der russischen Sowjetrepublik einzutreten und die gegenseitige Ergänzung und Förderung des russischen und deutschen Wirtschaftslebens durch Verträge zu sichern.

Weiter weist Genosse Kunert auf die Baltikumtruppen hin, die noch immer unter Waffen stehen und Löhnung, Bekleidung, Verpflegung und kostenlose Unterkunft vom Staat erhalten.

„Kann es die Regierung verantworten, angesichts der großen Notlage der Republik, daß für solche Zwecke Staatsgelder herausgegeben werden, um Leute unter den Waffen zu halten, deren Führer sich den Sturz der Republik und die Wiederaufrichtung der Monarchie zum Ziele gesetzt haben?"

Ferner behandelt eine Anfrage die Betrugnisse der Betriebsräte. Da diese Anfrage für die kommenden Betriebsräte besondere Bedeutung hat, bringen wir sie völlig zum Abdruck:

„Ist die Reichsregierung gewillt, auf die Betriebsräte gesetzlich das Recht und die Pflicht zu übertragen, allen Vorkommnissen oder Maßnahmen innerhalb der Betriebe, die sich charakterisieren als Kapitalflucht, Steuerhinterziehung, Kettenhandel, Verschleuderung von Warenvorräten bei der Ausfuhr, Preiswucher usw., mit aller Kraft entgegenzuwirken, um derartige gesetzwidrige und gemeinschädliche Handlungen ganz oder nach Möglichkeit zu verhindern?"

Eine andere Anfrage beschäftigt sich mit den Ausschreitungen der militärischen Horde in der Gerlach-Versammlung am 20. Februar:

„Welche Vorkehrungen gedenkt die Reichsregierung zu treffen, um künftig derartige Roheiten zu verhindern?

Ist die Reichsregierung bereit, diese Horde von Militärs, die bei ihrem Erzeß vom 20. Februar den Reichswehrminister für den einzigen anständigen Mann der Regierung erklärte, der nationale Ehre im Leibe habe, die Noskeausweise zum Waffentragen besaß und besitzt, sowie auch Waffen führt, zu entwaffnen und den Gerichten zu übergeben?

Warum ist die Reichsregierung zur Verhinderung solcher Brutalitäten nicht früher mit den schärfsten Maßregeln vorgegangen?"

Zwei weitere Anfragen beschäftigen sich mit den Ergebnissen der Marloh- und Kessel-Prozesse; sie decken die amtlichen Machenschaften zur Förderung der Flucht Marlohs und zur Hintertreibung des Prozesses auf. — Endlich beschwert sich Genosse Kunert über den verschärften Belagerungszustand, der über Halle und den Saalkreis verhängt worden ist. Er verlangt ferner Auskunft darüber, ob die Regierung bereit sei, darauf hinzuwirken, daß der Mansfelder Kupferschieferbau schleunigst sozialisiert werde. Unter die beiden letzten Anfragen berichten wir noch an anderer Stelle.

Schluß mit der Nationalversammlung!

Die Deutsche Allgemeine Zeitung, seit der politischen Umwälzung das Sprachrohr der Regierung, brachte in der vorigen Woche die Nachricht, daß wir im besten Falle noch dreieinhalb Jahr vor den Neuwahlen für den ersten Reichstag stünden, da er äußerst schwer sei, im Spätjahr zu Neuwahlen zu kommen. Das ist eine geradezu unglaubliche Zumutung, die man an die Geduld des deutschen Volkes stellt. Die Nationalversammlung hätte schon längst einem neugewählten Reichstage weichen müssen, wenn sich die Regierung streng an die Aufgaben der Nationalversammlung gehalten hätte. Denn die bestanden nur darin, dem „neuen" Deutschland eine Verfassung zu geben, Frieden zu schließen und höchstens noch einige dringende und unaufschiebbare Steuergesetze zu erledigen. Hätte sich die Regierung an diese ausschließlichen Aufgaben der Nationalversammlung gehalten, so wäre der Zweck dieses Parlaments schon im Hochsommer des vorigen Jahres erfüllt gewesen. Aber die klerikal-demokratisch-scheinsozialistische Koalition denkt gar nicht daran, die Nationalversammlung, die aus einer verfassungsgebenden zu einer verfassungswidrigen geworden ist, nach Hause zu schicken.

Die Koalitionsparteien wissen ganz genau, daß sie im Volke schon lange über keine Mehrheit mehr verfügen und daß sie bei den Neuwahlen erheblich ins Hintertreffen geraten werden. Am wenigsten dürfte noch das Zentrum Neuwahlen zu fürchten haben, aber mit Rücksicht auf den bösen Eindruck der Erzberger-Affäre ist ihm natürlich an einer möglichst langen Hinausschiebung der Wahlen viel gelegen.

Die Demokraten aber haben stark an Popularität eingebüßt, ein Teil ihrer Anhänger ist zur Deutschen Volkspartei abgeströmt, der andere Teil, der einsah, daß diese Partei sich niemals zu einer wahrhaft demokratischen entwickeln würde, ging zur rechtssozialistischen Partei; hauptsächlich handelt es sich dabei um kleine Beamte, Lehrer, Mittelständler und ähnliche. Die noskesozialistische Partei ihrerseits hat längst das Vertrauen der deutschen Arbeiterklasse verloren, die besten ihrer Anhänger haben sich der wahrhaft sozialistischen Partei, die allein das Banner des unverfälschten revolutionären Klassenkampfes hochhalten hat, angeschlossen, der Unabhängigen Sozialdemokratie. Nun wollen aber die noskesozialistischen Führer unter allen Umständen an der Krippe bleiben.

Die Unabhängige Sozialdemokratie ist seit dem 11. August vorigen Jahres immer wieder dafür eingetreten, daß die Neuwahlen unverzüglich vorgenommen werden, weil sich das Kräfteverhältnis der Parteien im Reiche wesentlich verschoben hat, aber, wie schon ausgeführt wurde, will die „Regierung" davon nichts wissen. Die Rechtsparteien haben nunmehr einen Antrag auf Auflösung der Nationalversammlung eingebracht. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen: I. die Reichsregierung zu ersuchen: 1. alsbald mitzuteilen, welche Gesetzentwürfe sie der Nationalversammlung noch vor ihrer Auflösung vorzulegen gedenke, 2. die Entwürfe zum Reichswahlgesetz, zum Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten und zum Gesetz über Volksentscheid und Volksbegehren mit größter Beschleunigung vorzulegen; II. sich vom 1. Mai 1920 an für aufgelöst zu erklären."

Wenn der Antrag zur Verhandlung kommt, steht noch nicht fest. Man wird seine Besprechung solange wie möglich hinausschieben und dann schon plausible Gründe zu seiner Ablehnung finden. Die Vossische Zeitung berichtet bereits, daß nach dem, was sie aus den Reihen der Mehrheitsparteien hört, der Antrag auf Auflösung der Nationalversammlung im Mai keine Aussicht auf Annahme hat. Die Mehrheitsparteien würden sich vorzugsweise für Hinausschiebung der Wahlen bis zum Jahresende entschließen.

Entschließen die Rechtssozialisten sich, dann erreichen sie damit höchstens, daß die aufgeschobene Abrechnung mit ihnen später nur um so vernichtender ausfällt!

Die vierzig Schwerverbrecher.

Paris, 5. März. Der Ausschuß für die Kriegsverbrechen hat jetzt eine Liste mit 40 der entsetzlichsten Verbrechen aufgestellt, und die Liste nach London geschickt. Sie wird vor Ende dieser Woche Deutschland zugestellt werden.

*

Das Organ Lloyd Georges, Daily Chronicle, schreibt in einem Leitartikel zu dem von den Alliierten beschlossenen Probeverfahren gegen deutsche Kriegsverbrecher: Das Ausbleiben der Verhaftung der Schuldigen und ihrer Ueberführung würde die Stimmung für die Notwendigkeit einer energischen Haltung der Alliierten gegenüber Deutschland wieder aufleben lassen.

Das neueste Zeitungsverbot.

Dem erneuten Verbot der Düsseldorfer Volkszeitung ist nun auch ein abermaliges Verbot unseres in Buer erscheinenden Parteiblattes Ruhrwacht gefolgt. Als Grund des Verbotes wird angegeben, die Ruhrwacht habe „die Kohlenpolitik durchkreuzt". In welcher Weise das geschehen sein soll, war noch nicht zu erfahren. Aber die Verbotspraxis ist so hinreichend bekannt, und um „Gründe" sind ja die Herrschaften nicht verlegen.

Der „Strafantrag" im Helfferich-Prozeß.

Berlin, 4. März. (W. T. B.) Oberstaatsanwalt Krause beantragte: Nach Würdigung der einzelnen Ergebnisse der Beweisaufnahme gegen den Angeklagten Dr. Helfferich wegen Beleidigung nach § 185 in Idealkonkurrenz mit § 187 des Str.-G.-B. eine Geldstrafe von 300 Mark, ferner Zuerkennung der Publikationsbefugnis, Vernichtung bzw. Einziehung der Broschüre und der zur Herstellung benutzten Platten und Formen.

Oberstaatsanwalt Krause führte gestern sein Plädoyer zu Ende. Seine Anklagerede richtete sich tatsächlich gegen Erzberger und nur formell gegen den Angeklagten Helfferich. Der Oberstaatsanwalt hält den Wahrheitsbeweis in den entscheidenden Punkten für erbracht und bewiesen, daß Erzberger seine Abgeordnetenstellung mißbraucht habe, um sich persönlich geschäftliche Vorteile zu verschaffen; auch die Neigung Erzbergers zur Unwahrheit sei in einer Reihe von Fällen einwandfrei festgestellt worden.

Erster Staatsanwalt von Klausewitz unterstützt die Ausführungen des Oberstaatsanwalts, indem er in gleichem Sinne das Ergebnis aus der Hauptverhandlung würdigte. Zum Schlusse seiner Rede beantragte der Oberstaatsanwalt gegen Helfferich 300 Mk. Geldstrafe. Die in den Artikeln und der Broschüre Helfferichs enthaltenen Beleidigungen seien zwar erweislich keine Verleumdungen, aber formelle Verunglimpfungen, daher müsse eine Verurteilung erfolgen. Für die augenblickliche politische Situation ist es bezeichnend, daß die Staatsanwälte den Angeklagten Helfferich nicht als früheren Minister, sondern indirekt als kommende Größe behandelten, seinen politischen Scharfblick feierten, während Erzberger als erledigt mit offenbarer Verachtung abgetan wurde.

*

Die im Erzberger-Prozeß wieder einmal grell beleuchtete Ausnutzung parlamentarischer Mandate zu egoistischen Bereicherungen hat dem Professor Gerland Anlaß gegeben, in einem Artikel des Berliner Tageblatts einen Gesetzentwurf zu verlangen, der solche eigennützige Verquickung von Geschäft und Politik in Zukunft unmöglich machen soll. Alle Personen, die als Kandidaten bei Wahlen zu den Parlamenten fungieren, sollen dem Wahlleiter angeben, an welchen wirtschaftlichen Unternehmungen sie in der Verwaltung (Vorstand, Aufsichtsrat) oder als Angestellte (Syndikus und dergleichen) beteiligt sind. Der Wahlleiter soll diese Angaben mit dem Wahlvorschlag veröffentlichen. Verschweigen derartiger Beteiligungen soll Verlust des Mandates im Gefolge haben. Im weiteren verlangt Gerland eine Ergänzung des Strafgesetzbuches, die den, der durch Geschenke oder Gewährung anderer wirtschaftlicher Vorteile Parlamentarier in der Ausübung ihrer parlamentarischen Tätigkeit zu beeinflussen sucht, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, und den, der als Mitglied einer gesetzgebenden Versammlung des Reiches oder eines Landes oder in Provinz, Kreis, Bezirk, Gemeinde solchermaßen gewährte Geschenke oder Vorteile annimmt, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, außerdem beide Fälle mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht.

Wenn ein Abgeordneter irgendeine der im Vorstehenden bezeichneten Stellen übernimmt, soll das Mandat ebenfalls erlöschen. Gerland bemerkt zu seinem Vorschlage, es solle damit nicht die Angehörigkeit eines Abgeordneten zu einer wirtschaftlichen Unternehmung untersagt, sondern nur verhindert werden, daß die Verbindung zwischen Abgeordneten und Wirtschaftsunternehmungen sich der Oeffentlichkeit entzieht. Weiter solle, wie früher bei politischen, heute bei wirtschaftlichen Ernennungen das Mandat erlöschen.

Ob mit Durchführung des Vorschlages praktisch etwas geändert würde, möchten wir noch sehr bezweifeln. Denn politische Korrumpierung ist mit der kapitalistischen Wirtschaftsform so innig verknüpft, und der Anreiz der Ausnutzung politischen Einflusses zu wirtschaftlichen Vorteilen so groß, daß auch die Drohung mit dem Zuchthaus kaum Renommiertes bessern würde. Noch ein wenig Vorsicht mehr und entsprechend dem gesteigerten Risiko gesteigerter Lohn für gewährte Schieberdienste, das würde höchstwahrscheinlich das einzige Ergebnis einer solchen Gesetzgebung sein.

Nationalistische Ausschreitungen in Bayern.

München, 3. März. In den niederbayerischen Städten Straubing und Passau kam es zu schweren Unruhen, wobei es Tote und Verwundete gab. In Straubing stürmte der verhetzte Mob das Landgerichtsgefängnis und befreite zwei verhaftete Schwarzschlächter, die von einem Beamten der Landeswucherabwehrstelle in Haft genommen worden waren. Außerdem wurde ohne Erfolg nach dem Beamten der Landeswucherabwehrstelle gesucht. Die Unruhen in dieser Stadt setzten sich am Dienstag fort. Die Bürger- und Reichswehr wurde aufgeboten. Es kam zu Kämpfen, wobei es auf seiten der Demonstranten zwei Tote, darunter den Redakteur der neugegründeten sozialdemokratischen Neuen Tagespost, und mehrere Verwundete gab. Die Lage ist kritisch. Die Verhängung des Standrechts steht bevor. — In Passau wurde eine Theatervorstellung für die freien Gewerkschaften, in welcher ein Drama Kurt Eisners aufgeführt wurde, durch Reichswehrsoldaten und Studenten gesprengt. Es kam zu Schlägereien vor dem Gebäude zwischen Zivilisten und Reichswehrsoldaten, wobei einige Personen verletzt wurden. Die alarmierte Garnison räumte mit Schreckschüssen den Platz.

Die Streikbewegung der Landarbeiter.

Rostock i. Mecklbg., 4. März. (W. T. B.) In den Landarbeiterkreis auf einer Reihe von Gütern östlich von Rostock hat die Technische Nothilfe (Unterländer Bezirk Rostock) eingegriffen, da auf zehn Gütern die Notstandsarbeiten durch die Ausständigen verweigert wurden. Daraufhin wurden auf sechs Gütern die Notstandsarbeiten von den Ausständigen selbst wieder aufgenommen.

Nach einer neueren Meldung haben sowohl die Landleute als auch die Arbeitgeber" den gefällten Schiedsspruch angenommen. Dieser Schiedsspruch sieht eine Arbeitsleistung von 2300 Jahresstunden und 120 Pflichtüberstunden vor. Als Entlohnung werden dem nichtständigen Arbeiter im Jahre 5100 Mk. garantiert. Der ständige Arbeiter erhält ein Jahresdeputat im Werte von 2000 Mk. Außerdem erhält er in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli einen Stundenlohn von 85 Pfennigen, vom 1. Juli bis Ende des Jahres 75 Pfennige, sonach einen Geldlohn von 4800 Mk. im Jahr. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt morgen. Auch im Stralsund ist es zwischen den Unternehmern und den Streikenden zu Verhandlungen gekommen, die eine Verständigung in nahe Aussicht stellen. Auch Tarifverhandlungen sind dort bereits im Gange.

Dresden, 4. März. (W. T. B.) Nach langwierigen unter dem Vorsitz des Wirtschaftsministers geführten Verhandlungen ist es heute gelungen, einen Tarifvertrag für die Landarbeiter des Regierungsbezirks Dresden zustande zu bringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200305-14/fragment/page=0002

Gegen die Kriegsverbrecher.

Nationalversammlung.

148. Sitzung. Donnerstag, den 4. März 1920, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Ergänzung des Gesetzes zur

Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) als Berichterstatter: Es handelt sich um ein rein politisches Gesetz, das auf Druck der Entente gefaßt wurde. Als Jurist und Patriot stehe ich deshalb innerlich dem Gesetzentwurf ablehnend gegenüber. Die überwiegende Mehrheit des Verfassungsausschusses hat jedoch die Vorlage angenommen. Ein Trost ist es wenigstens, daß die Angelegenheit in die Hand des deutschen Reichsgerichts, das im In- und Auslande großes Vertrauen genießt (?), gelegt wird. (Beifall.)

Reichsjustizminister Schiffer: Der Gesetzentwurf ist ein Schritt auf dem Leidenswege, den wir zu gehen haben; er ist aber notwendig, um Schlimmeres zu verhüten, und bewegt sich in den Grenzen des Erträglichen. Das Auslieferungsverlangen der Entente hatte diese Grenzen überschritten und mußte deshalb am Widerspruch des deutschen Volkes scheitern. Wäre ein Ausgleich nicht möglich gewesen, so war der Konflikt da mit all seinen unheilvollen Folgen. Es soll kein Unschuldiger verurteilt werden, aber auch kein Schuldiger der Strafe entgehen. (Abg. Traub: Aber die Entente behält sich die Entscheidung vor!) Gewiß, die Entente tut das, aber es ist ein Machtvorbehalt, kein Rechtsvorbehalt. Gegen die Macht helfen keine Gesetze. Wir aber hoffen, daß die Grundlage des Rechts durch die Autorität unseres Reichsgerichts eine wertvolle Kräftigung und Festigung erfahren wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Quarck (Rechtssoz.): Meine Partei wünscht die loyale Durchführung der Verpflichtungen, die die Regierung in dieser Frage der Entente gegenüber übernommen hat. Gerade in dieser Zeit des allgemeinen Mißtrauens ist dies besonders wichtig. Wir Sozialdemokraten rühmen uns, die Forderung auf Verfolgung und Bestrafung der Kriegsverbrecher immer erhoben zu haben. Möge die gleiche Einmütigkeit, die gegen die Auslieferung im deutschen Volke herrschte, auch ihnter dem neuen Gesetze stehen.

Abg. Burlage (Ztr.): Es handelt sich hier um eine tieftraurige Sache. (!) Wir fügen uns diesem Gesetze; denn wir glauben, daß es eine Folge des verlorenen Krieges ist.

Abg. Falk (Dem.): Wir stimmen der Vorlage zu, in der wir einen großen Erfolg der Regierung sehen. (Sehr richtig! links.) Wir haben Vertrauen zum Reichsgericht, das kein Unrecht ungesühnt lassen wird und strafen, wo Strafe berechtigt ist.

Abg. Seger (U. S.): Der Gesetzentwurf müßte noch weitergehen und nicht nur die Personen erfassen, die von der Entente zur Auslieferung verlangt werden, sondern alle, die im Kriege Verbrechen begangen haben. Wir erheben diese Forderung, die wir immer vertreten haben, nicht infolge der Gewalt der Entente, sondern um dem beleidigten Rechtsgefühl Genüge zu tun. Die Regierung hätte der Ententeforderung unbedingt zuvorkommen müssen, indem sie schon vorher das Verfahren gegen Kriegsverbrecher durchgeführt hätte. Unrichtig ist es auch von der Rechten, zu behaupten, daß das Auslieferungsverlangen der Entente kein Beispiel in der Geschichte habe. Solange gegen die eigenen Volksgenossen mit der Todesstrafe vorgegangen wird, können wir die moralische Entrüstung im Hause nicht teilen. (Beifall b. d. U. S.)

Die Vorlage wird in zweiter Lesung unverändert angenommen.

Landessteuergesetz.

Es folgt die zweite Lesung des Landessteuergesetzes. Die Länder erheben Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb. Nun hat der Ausschuß bestimmt, **daß Religionsgesellschaften, die bisher Steuern erheben durften, berechtigt sind, Zuschläge zu den Reichssteuern zu machen.** Die Länder und Gemeinden werden an dem Ertrage der Einkommen- und Körperschaftssteuer mit zwei Drittel des Aufkommens beteiligt.

Abg. Simon (Schwaben) (Rechtssoz.): Wir erklären uns mit der Fassung der Vorlage einverstanden, wir sind uns bewußt, daß dieses Gesetz eines der wichtigsten Steuergesetze darstellt, die die Nationalversammlung zu verabschieden hat. Wir Sozialdemokraten müssen auf den Herrn Reichsfinanzminister einwirken, daß besonders die Gemeinden nicht zu kurz kommen. Denn ihnen obliegen mehr denn je unendlich wichtige Kulturaufgaben. Auch die Länder sollen, solange sie noch bestehen, in die Lage versetzt werden, ihre wichtigen Aufgaben zu erfüllen.

Abg. Düwell (U. S.): Die Tendenz dieses Gesetzes geht auf die

Beseitigung der finanziellen Selbständigkeit der Gemeinden

[illegible]. Sie werden schlechter behandelt als die Religionsgemeinschaften (!). Wir sehen darin eine

Beseitigung des Selbstverwaltungsrechtes.

Das Haus vertagt sich.

Freitag, 1 Uhr: Anfragen, dritte Lesung des Gesetzes über die Verfolgung der Kriegsverbrechen, Weiterberatung. Schluß 5 Uhr.

Parteipropaganda aus dem Staatssäckel.

Die Koalitionsparteien, insbesondere die Rechtssozialisten, wurden in einer der letzten Sitzungen der Preußischen Landesversammlung arg bloßgestellt. Von den Deutschnationalen war vor längerer Zeit in einer Interpellation sowohl an die Reichsregierung als auch an die preußische Staatsregierung die Anfrage gerichtet worden, ob Staatsmittel zu parteipolitischer Propaganda verwendet würden. Beide Körperschaften hatten die Anfrage verneint. Darüber kam es nun in der Landesversammlung zu lebhaften Auseinandersetzungen. Abg. Rippel (Dn.) bewies mit umfangreichem Material, wie unzutreffend die Antworten der Regierung gewesen sind. Genosse Rosenfeld konnte gleichfalls nachweisen, in welchem Umfange die Mittel zu einseitigster Parteiagitation verausgabt werden. Er legte dar, daß es zwar verständlich sei, wenn eine Partei, deren Organisation zerfalle und deren Presse von Tag zu Tag mehr zurückgehe, obwohl ihr Noske durch die fast restlose Unterdrückung der unabhängigen Presse nach besten Kräften beispringe, sich der Staatsmittel bediene, um sich über Wasser zu halten, daß aber ein solches Verfahren nichtsdestoweniger verwerflich sei.

Die Zentrale für Heimatdienst betreibe aber nicht nur Parteipropaganda, sondern aus dem Schreiben eines früheren Angestellten gehe hervor, welcher Art dort noch „gearbeitet" werde. Es werden von dort Spitzel in unsere Versammlungen und zu unseren Demonstrationen geschickt, wobei noch die Frage offen bleibt, ob sie nicht gar als Lockspitzel tätig sind. Denn der Briefschreiber rühmt sich, daß er bei der Aushebung von Spartakistennestern dabei war und daß die Haupträdelsführer festgestellt und geliefert worden seien. Schon die Sprache ist charakteristisch für diese Leute.

Wenn hier behauptet wird, auch Mitglieder meiner Partei seien für die Zentrale für Heimatdienst, für die Zentrale für Volksbildung und wie die Einrichtungen sonst noch heißen mögen, so erkläre ich, daß wir dies, wenn es zutreffen sollte, auf das entschiedenste mißbilligen.

Diese Institute arbeiten mit den Steuergroschen an der Volksverdummung, und auf der anderen Seite wird uns die Möglichkeit genommen, dem entgegenzuwirken, dadurch, daß man uns unter Ausnahmezustand und Standrecht stellt, unsere Presse unterdrückt und die Versammlungen verbietet. Das ist eine Korruption schlimmster Art, gegen die zu protestieren die Deutschnationalen allerdings das geringste moralische Recht haben. Wir werden nicht ruhen und rasten, bis der Korruption ein Ende bereitet ist. (Stürm. Zustimmung b. d. U. S.)

Die Koalitionsparteien bemühen sich vergeblich, die Harmlosen zu mimen. Deshalb würgten sie durch einen Schlußantrag rasch die weitere Debatte ab.

Die Spaltung in der K. P. D.

Nachdem der Zentralausschuß der kommunistischen Partei vor kurzem gegen zwei Stimmen den Antrag annahm, nur solche Personen oder Organisationen als der Partei zugehörig zu betrachten, die die Heidelberger Leitsätze „grundsätzlich und praktisch in ihrer gesamten Parteitätigkeit anerkennen", hat der jetzt stattgefundene Parteitag der K. P. D. die Spaltung der Partei endgültig vollzogen, indem er die oppositionellen Organisationen aus der Partei ausschloß. In einem Aufruf, den die Rote Fahne veröffentlicht, heißt es zum Schluß:

„Der Parteitag, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der beiden letzten Zentralausschußsitzungen, erklärt: Die Heidelberger Leitsätze bilden zusammen mit dem Spartakusprogramm das Grundgesetz der Partei. Die taktischen und programmatischen Grundsätze der Partei sind ein untrennbares Ganzes. Die Anerkennung des Spartakusprogramms und der Heidelberger Leitsätze und ihre Vertretung in Propaganda und Aktion sind unumgängliche Voraussetzungen der Parteizugehörigkeit.

Ausgehend von diesen Voraussetzungen erklärt der Aufruf:

„Der Parteitag nimmt Kenntnis von den Beschlüssen der Bezirkskonferenzen der Bezirke Nord, Nordwest, Niedersachsen, Groß-Berlin und Dresden zu den Heidelberger Leitsätzen. Er erklärt diese Beschlüsse als im Widerspruch zu diesen Leitsätzen stehend und die genannten Bezirksorganisationen nicht mehr zur Partei gehörig."

Die genannten Organisationen der K. P. D. gehören zu den stärksten der Partei. Nach ihrem Ausschluß verliert die kommunistische Partei ihre wichtigsten Stützpunkte in den proletarischen Massen. Da die Opposition auf den Hinauswurf mit der Bildung einer eigenen Partei antworten wird, ist von nun ab mit der Existenz zweier sich einander befehdenden kommunistischen Parteien in Deutschland zu rechnen. Dem Zusammenschluß des revolutionären Proletariats dient diese neue Spaltung ebensowenig wie der Spaltungs- und Zersplitterungstrieb, der von kommunistischer Seite geflissentlich in die Reihen der Unabhängigen Sozialdemokratie hineingetragen wird.

Der Reichsrat der Geheimräte.

Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. So lautet Artikel 1 der Verfassung des Deutschen Reiches. Diese schöne republikanische Einleitung könnte in den Glauben versetzen, als wenn in Deutschland das „Volk" wirklich alles nach seinem Willen einrichten könnte. Dem ist aber leider nicht so und die obige Einleitung ist eine armselige Phrase geblieben, ganz so, wie es von uns immer vorausgesagt worden ist. In keinem Lande der Welt macht sich die Geheimratswirtschaft so breit wie in der deutschen Republik, in der angeblich die Staatsgewalt vom Volke ausgeht. So hat auch der nach dem „freiesten Wahlrecht der Welt" gewählte Reichstag seinen Pferdefuß im Reichsrat, in den ganz wie ehedem fast nur alte bewährte preußische Geheimräte Zutritt haben. An der Sitzung vom 14. Februar z. B. haben folgende honorige Herren teilgenommen: Reichsminister Dr. David, Wirklicher Geheimer Oberfinanzrat Heinke, Ministerialdirektor Dr. v. Nüßlein, Regierungsrat Dr. Hammer, Staatsminister a. D. Koch, Geheimer Legationsrat Dr. Koetzsch, Gesandter Hildenbrand, die Ministerialdirektoren von Schleehauf und Schäffer, Wirklicher Geheimer Rat Dr. Rieser, Ministerialdirektor Kempf, Senatssyndikus Dr. Albrecht, Ministerialdirektor Dr. Tischbein, Wirklicher Geheimer Rat Boden, Staatsminister a. D. Scheer, Ministerialdirektor Münzel, Geheimer Oberregierungsrat Freiherr von Welser.

Daß aus dieser Geheimratsküche ein Gesetzentwurf kommen könnte, der auch nur ein Hauch sozialistischen Geistes atmet, wird wohl niemand erwarten. Der Reichsrat gleicht dem früheren Bundesrat wie ein Ei dem anderen.

Notizen.

Die Sowjetwahlen in Moskau für 1461 Sitze ergaben für die Kommunisten 80 Prozent der Sitze. Die Menschiwiki erhielten 42 und die Unabhängigen 121 Mandate.

Die Warschauer Friedenskonferenz der Randstaaten und Räterußlands beginnt am 6. März.

Unruhen in Mähren. Wie W. T. B. meldet, kam es in Olmütz am 3. März zu Lebensmittelunruhen und zu Plünderungen der vier größten Lebensmittelgeschäfte der Stadt. 30 Personen sind verhaftet worden.

Beitritt zum Völkerbund. Schwedischen Blättern zufolge wurde nach lebhaften Erörterungen mit 152 gegen 67 Stimmen der Beitritt Schwedens zum Völkerbund beschlossen. Die Erste Kammer verhandelte heute über dieselbe Frage. Da nunmehr der Beitritt Schwedens zum Völkerbund zur Tatsache geworden ist, erwartet man den Rücktritt der Regierung jeden Tag. Wie verlautet wird u. a. Staatsminister Branting Mitglied des neuen Kabinetts sein. — Aus Bern wird gemeldet, daß der Ständerat am Donnerstag mit 30 gegen 5 Stimmen das Eingehen auf die Vorlage des Bundesrats betreffend den Beitritt zum Völkerbund beschlossen hat. Die formelle Schlußabstimmung findet am Freitag statt.

Das türkische Kabinett hat im Zusammenhang mit ernsten in Konstantinopel eingelaufenen Gerüchten sein Entlassungsgesuch eingereicht. Der Sultan hat den Marschall Essad Pascha zu sich gebeten.

Die Arbeiterbewegung im Auslande. Laut Corriere della Sera ist in allen ackerbautreibenden Gebieten der unteren Lombardei der Ausstand ausgebrochen. Man schätzt die Zahl der Ausständigen auf über 150 000 in über 200 Gemeinden. — Im Zusammenhang mit dem Generalstreik in Portugal wird aus Madrid noch gemeldet, daß die Eisenbahn- und Telegraphenverbindung mit Portugal vollständig unterbrochen ist.

Aus der Partei.

Parteischriften.

Sozialistischer Erzieher. Die Wochenschrift des Verbandes sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutschösterreichs Sozialistischer Erzieher ist in ihrer Nummer 3 erschienen. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, die Erziehung und ihre Funktionäre mit sozialistischem Geiste zu durchdringen. Sie erscheint wöchentlich einmal und kostet vierteljährlich 4 Mark.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Gottlieb Kasparek; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte: Werner Scholem; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H.; sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

10)

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

„Aber gar nix nit, Vater. Freig'standen, es war halt ein unb'sinnt's Stückl."

„Ein unb'sinnt's Stückl? Na ja, hab' mir's eh' denkt, dös is allweil Dein letzte Red'. Bis zum Hals h'nauf hab ich's schon, deine unb'sinnten Stückeln! Komm' mir nit wieder damit!"

„Es wird nix mehr vorkommen."

Der Alte erhob sich. „Sagst auch all'weil, aber wann du glaubst, mit mir spaßen zu können, werd' ich dir doch 'nächst ein' Ernst zeigen."

„Wird nit notwendig sein."

Der Bauer duckte den Kopf zwischen die emporgezogenen Achseln und ging murrend nach der Türe.

„Gute Nacht, Vater," rief Toni und sah ihm verstohlen schmunzelnd nach.

Der Alte ging nach seiner Schlafkammer, die nichts enthielt, als ein Nachtkästchen, zwei Stühle und ein Bett mit eisernem Gestelle; da hält sich kein Ungeziefer, und auf Strohsack, Roßhaarpolster und unter rauher Kotze schläft sich's am gesündesten, das hatte dem Sternsteinhof-Bauer einer versichert, der bei den Soldaten gewesen und trotz ausgestandener Strapazen hundert Jahre alt geworden war und so weit, hoffte er, es auch zu bringen. Er dachte, daß er noch lange nicht ins Ausgeding müsse, und an den „unb'sinnten Stückeln" seines Sohnes immer eine gute Ausrede haben werde, wenn er vor der Zeit und zu dessen Gunsten auch nicht wolle.

Das hätte der Toni wissen sollen; ihm würde über seinen nachsichtigen Vater das Lachen vergangen sein.

VI.

Am Morgen des zweiten Tages darnach lehnte der Toni vom Sternsteinhof an der Bretterwand einer Scheuer und schmauchte sein Pfeifchen. Er sah hinab nach dem Häuschen des Kleebinder Muckerl, der sich im Vereine mit dem alten Tagwerker Gregori mühte, eine große Kiste heraus und auf einen Schiebkarren zu schaffen; nachdem sie das fertig gebracht, bückte sich der Alte, um das Schreibband, das ihm von den Achseln herabbaumelte, an die Handhaben zu legen, dann spuckte er in die Fäuste, griff zu und fuhr des Weges.

Die Helen', die unter ihrer Türe gestanden hatte, kam jetzt heraus, Muckerl faßte sie an der Hand und beide schritten plaudernd, langsam hinterher. Die alte Kleebinderin lief in das Vorgärtel, nickte und sah ihnen lange nach.

Die Dirne ging mit bloßem Kopfe, sie wird also den Holzschnitzer nur eine Strecke und nicht allzuweit begleiten.

Toni paffte in kurzen, hastigen Stößen Rauchwölkchen aus seiner Morgenpfeife, während er den beiden, da unten wandelnden, immer kleiner werdenden Gestalten mit den Augen folgte, bis sie ganz am oberen Ende des Ortes, nicht größer wie Krähen [illegible] Schnee, hinter der Wegkrümmung verschwinden sah. Er blickte um sich und da er niemand in der Nähe merkte, machte er sich eilig davon, legte, fast laufend, die Strecke bis zur Brücke zurück, dort lehnte er sich ans Geländer, verschnaufte ein wenig und ging dann langsam zum Dorfe hinaus.

Er schritt bedächtig immerzu, bis er auf Helene traf, die gerade unter dem Busche stand, wo sie sich damals verstohlenerweis mit Muckerl zusammengefunden.

„Grüß' dich Gott, Dirn'," sagte Toni.

„Auch so viel," entgegnete Helen'.

„Wohin 's Weg'?"

„'n Muckerl hab' ich beglett', jetzt geh' ich wieder heim."

„So, 'n Muckerl? Ist das dein Schatz?"

„Ich wüßt' nit, warum ich dich in dem Glauben irr' machen sollt'; er wird schier so was sein."

„Wundert mich."

„Daß ich ein' Schatz hab'?"

„Dös nit. Eine, wie du, kann Zehn für Ein' hab'n, wann's will."

„Na, jetzt weißt, eb'n wenn's af's Wollen ankommt, da taug'n mir die Zehne für Ein' schon gar nit; da wär' mir schon Einer wie Zehne lieber."

„Ja, aber so Einer wie Zehne is doch der Muckerl nit!"

„Das sag' ich auch nit, aber laß' mir'n in Fried'. Daß er mir mehr gilt wie ein anderer, mag dir völlig g'nügen, um wie viel mehr, kann dir gleich sein."

„Nein, das is mir eb'n nit gleich, das möcht' ich wissen, du, als d'Schönst'" — —

„Schwätz' du nit von der Schönsten! Lang' bevor ihr ang'hoben habt, mich als dieselbe ausz'schreien, hab' ich ihm schon dafür 'golten. Vielleicht verstehst, daß er dadurch schon geg'n andere voraus hat; vielleicht auch nit, jed'nfalls erspar' ich's Erklären."

„Verstünd's eh', wann er nur wie unser einer und kein so Halbmandl wär', oder du eine, die sich mit jedem z'frieden geb'n müßt', das is aber nit und zu dir paßt ein Säuberer."

„Ah, mein, dem frag' ist g'rad' nach! Säubrigkeit hab' ich für mich selber g'nug und von ein'm andern seiner laßt sich nichts h'runterbeißen."

„Freilich nit, aber es könnt' sich ja einer finden, der mehr hat wie der Muckerl, wovon mer h'runterbeißen kann und da wurd' dich nit schaden, wenn der Nämliche ein wengerl leiblicher zum Anschau'n wär?"

Die Dirne sah den Burschen mit zugekniffenen Augen von der Seite an. „Natürlich, weißt du mir auch gleich ein' solchen?"

„Könnt' sein," schmunzelte Toni, „und am End' is er gar nit weit von da."

„Wann d' ihm begegnest, so sag: ich ließ' ihn schön grüßen und mein'thalb'n möcht' er nur bleiben, wo er is."

„Ich werd' ihm's sagen, glaub' aber nit', daß er sich daran kehrt."

„Das is sein Sach'. Und jetzt, b'hüt Gott!"

„No, eil' nit, ich ging gern noch mit dir, —"

„Kannst ja, wenn mer ein' Weg haben."

„Daß mer sich ausreden, aber da durch's Ort, —"

„Dir z'Lieb' werd ich doch kein' Umweg machen?! Ich wüßt' nit warum und wozu. Was ich von dir anhör'n mag, das kannst schon auf offener Straße vorbringen, wenn auch Leut' unter'n Türen stehen oder aus'n Fenstern schauen."

„Eben der Leut' wegen is mir um dich."

„Um mich? Was brauch' ich die Leut' z'scheuen, wo ich ihnen unter'n Augen herumgeh'? Aber du fürcht'st wohl, daß dein'm Vater zu Ohren kommt, du wärst da herunten mit einer von uns g'seh'n word'n?"

„O, hoho!" lachte der Bursche. „Da kennst du mein' Vadern schlecht; der schreit wohl bei jedem Anlaß rechtschaffen herum, aber schließlich, wie groß er is, steck ich'n doch in Sack."

„Da gib nur Obacht, daß d' dir nit doch einmal die Taschen dabei zerreißt."

„Kein' Sorg'! Bei mein'm Vadern richt' ich all's, was ich will."

„Alles?"

„Alles!"

„Na, 's wird sich wohl auch bei all'm Bisherigen um nix B'sonders g'handelt hab'n."

Toni begann mit großem Eifer von seinen unb'sinnten Stückeln zu erzählen, aber er verstummte, als sie an den ersten Hütten des Dorfes vorbeischritten.

„Da hast's," flüsterte er, „da stehen schon welche und gaffen."

„Laß' s' doch, wenn s' Zeit und Lust dazu hab'n," sagte die Dirne und begann mit lauter Stimme von dem Wetter, den Ernteaussichten, ihrem Haushalt und ihrer Wirtschaft zu reden, bis zur Brücke, wo sie dem Burschen „gute Mahlzeit" bot.

„Nur ein's noch," sagte der.

„Was?"

„Willst mir wirklich kein' G'legenheit geb'n, daß ich mich einmal mit dir ausreden könnt'?"

„Nein, wirklich nit."

„Warum?"

„Warum willst wissen? Weil mir der Spatz, den ich da herunten samt sein' Nest in Händen hab', lieber is wie du stolzer Tauber da drob'n af'm Dach vom Sternsteinhof."

Der Bursche stieß ein paar kurze, höhnende Lachlaute aus, dann sah er der Wegschreitenden eine gute Weile nach, plötzlich ward er es müde, stemmte die Ellbogen auf dem Brückengeländer auf, schob alle zehn Finger unter den Hut, dessen Krempe ihm dabei tief in die Stirne fiel und kraute sich in den Haaren.

So sah ihn Helene noch lange dort stehen, als sie mit der alten Kleebinderin an der Vorgärteltüre plauderte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200305-14/fragment/page=0003

Walhalla-Operett.-Theater.
½8 Uhr:
Grosser Erfolg!
Die
Czikoss-Baroness.
Operette v. Georg Jarno.
Sonntag ½4 z. vorl. Mal:
Rapunzel mit dem langen Haar.
Kl. Pr. Kinder halbe Pr.
Kasse v. 10-1½ u. 4-5½.
Sonntags ständig.

Lichtspiele Ammendorf.
Sonnabend und Sonntag:
Harry Hill
und seine Gehilfen Danny u. Jack in dem 5aktigen Detektiv-Film: *4795
Der Prozess Worth
sowie das 2akt. Lustspiel:
Quatsche nicht, Krause.

Restaurant A. Thate
Berliner Strasse 31.
Sonnabend, den 6. März, nachm. 3 und abends 7 Uhr:
Geflügel-Preisskat. 8821
Frdl. ladet ein Der Obige.

!! Jetzt noch billige Preise !!

Damen-Chevreaux-Halbschuh
mit Lackkappe
180,00

Beste Qualität
169 **Damen-Stiefel** 196
Elegante Form

Chevreaux-Herren-Stiefel
138,50

8844

Wiebachs Schuhwarenhaus, Kleine Ulrichstrasse 11|12.

Apollo-Theater Anf. 7½ Uhr
Heute u. folg. Tage:
Auf allgem. Verlangen:
Der brillante Operettenschlager
„Frl. Puck"
in der bekannten erstklass. Besetzung u. glänz. Ausstattung.
Vorverk. 9-1 u. 5-6. 8850

Stadttheater.
Sonnabend, den 6. März,
Anfang 7, Ende nach 10 Uhr
Der 8830
Widerspenstigen Zähmung.
Sonntag nachmittag:
Don Carlos (II. Teil).
Sonntag abend:
Figaros Hochzeit.

Wahl zum Elternbeirat der Mädchenvolksschule zu Bitterfeld.

Die Wahl findet Sonntag, den 7. März 1920, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, im Nähsaal der Mädchenvolksschule, Eing. Weinbergstraße, statt.

Jeder Wahlberechtigte erhält einen Ausweis, den er zur Wahl unbedingt mitzubringen hat. Die Wähler werden gebeten, möglichst schon am Vormittag ihr Wahlrecht auszuüben, um großen Andrang am Nachmittag zu vermeiden. *4792

Der Wahlvorstand: E. Mühlpfordt.

Vereinigte Lichtspiele.

Orpheum.
Der Kampf um die Ehe (I. Teil)
„Wenn in der Ehe die Liebe stirbt."
Ein Kunstwerk der mod. Lichtspielkunst.

Prinzess.
Hella Moja
und
Stuart Webbs.

Volks-Lichtspiele.
Der Tänzer.
Frei nach dem Roman von Felix Holländer.

Germania.
Spur des Toten
Das Haus ohne Tür.
Zwei grosse Detektivschlager.

Beginn: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr. 8848
Sonnabend und Sonntag in allen Theatern: Jugendvorstellung. Beginn 3 Uhr.

Gasthof z. Mohr,
Burgstraße 72. 8833
Sonnabend von 6 Uhr an
Witwen-Ball.

Könnern.
Verband d. Fabrikarbeiter.
Sonnabend, d. 6. März, abends 7½ Uhr, im Bürgergarten: *4788
Versammlung.
Da nochmals eingehend üb. d. Betriebsratswahl. gesprochen werden soll, ist das Erscheinen d. Kollegen dringend erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

Ansichts-Postkarten empf. die Volksbuchhandlung.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Versorgung mit Lebensmitteln.

In der Woche vom 8. bis 14. März können auf die Marke 26 der braunen Kartoffelkarte 2 Pfund Kartoffeln gekauft bzw. von Haushaltungen, Kranken- und sonstigen Anstalten und allen denjenigen, welche Wintervorrat besitzen, verbraucht werden. Der Einkauf darf nur in den Geschäften bewirkt werden, in denen die Anmeldung zur Kartoffelkundenliste erfolgt ist. Der Preis für das Pfund Kartoffeln beträgt 25 Pf. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend bis einschließlich Mittwoch. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Donnerstag, Freitag und Sonnabend findet nicht statt. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag abzuliefern. Zur Verteilung gelangen außerdem noch für jede Person eines Haushaltes: ¼ Pfund Ackerbohnen, ¼ Pfund Auslandsmarmelade, ¼ Pfund Nudeln.

100 Gramm Margarine.

In der Woche vom 8. bis 14. März werden auf den Abschnitt 13 der Fettkarte für jede Person eines Haushalts 100 Gramm Margarine zum Preise von 1,65 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Butterkundenliste bewirkt ist. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 15. März, abzuliefern.

Milchversorgung.

Auf Grund der Verordnung über den Verkehr und die Bewirtschaftung mit Milch vom 3. November 1917 wird folgendes angeordnet: 1. Auf die Milchkarten für hoffende Frauen (Klasse 3 mit dem Buchstaben S) kann vom Montag, den 8. März 1920 ab bis auf weiteres auf die für eine Woche gültigen 7 Markenabschnitte eine große Flasche dänische Sahnenmilch (Inhalt $^{7}/_{10}$ Liter) und eine kleine Flasche dänische Sahnenmilch (Inhalt $^{4}/_{8}$ Liter) abgegeben werden. Der Preis für eine große Flasche beträgt 8,10 Mk., der einer kleinen Flasche 4,80 Mk. 2. Auf die Milchkarten für alte Leute (Milchkarten über ¼ Liter mit dem Buchstaben A) kann vom gleichen Zeitpunkt an bis auf weiteres auf die für eine Woche gültigen 7 Markenabschnitte eine große Flasche dänische Sahnenmilch (Inhalt $^{7}/_{10}$ Liter) zum Preise von 8,30 Mk. abgegeben werden. Die Abgabe erfolgt wie bisher bei denjenigen Milchhändlern, bei denen die Anmeldung zur Kundenliste erfolgt ist.

Städtischer Verkauf von Milchsüßspeise und Puddingpulver

in der Talamtstraße am Sonnabend, den 6. März. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 78501—84500, vormittags von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ein Paket Milchsüßspeise zum Preise von 55 Pf. oder ein Paket Puddingpulver zum Preise von 30 Pf. abgegeben. — Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von weißen Bohnen mit Fett in Dosen

in der Talamtschule, am Sonnabend, den 6. März. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 78501—84500, vormittags von 8—1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheins wird für jede Person eines Haushaltes eine Dose weiße Bohnen mit Fett, zum Preise von 3 Mark für die Dose, abgegeben. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Lose und gepackte Suppen sowie Möhrenmehl.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß lose und gepackte Suppen sowie Möhrenmehl in den Kleinhandelsgeschäften bis auf Widerruf freihändig zum Verkauf gelangen können. Diejenigen Kleinhändler, die mit ihren Vorräten geräumt haben, können sich einen Bezugsschein im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, I, Obergeschoß, 2. Saal links, in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr ausstellen lassen.

Auf Abschnitt 487 des Warenbezugsscheines Nr. 28 kann, so lange der Vorrat reicht, in der Woche vom 8. bis 14. März d. J. ½ Pfund saure dänische Sahne zum Preise von 2,50 Mk. entnommen werden. Die Abgabe erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern, welche die belieferten Abschnitte zu Hunderten gebündelt bis spätestens Dienstag, den 16. d. M. im Stadternährungsamt, Abteilung II, einzureichen haben.

Eilenburg.

Jagdverpachtung.

Die Jagdnutzung im städtischen Forstrevier Rochholz bei Mockrena (mit einem Areal von 201 ha) soll ohne das städtische Forsthaus und ohne die dazu gehörigen, daselbst gelegenen, städtischen Felder und Wiesen am 17. März, vorm. 11 Uhr, im Rathause, Zimmer Nr. 2, meistbietend verpachtet werden. Die Pachtbedingungen liegen daselbst, Zimmer Nr. 8, zur Einsichtnahme vom 28. Februar bis 16. März aus.

Eilenburg, den 25. Februar 1920.

*4708 Der Magistrat.

U.T

Leipziger-Strasse 88
Fernruf 1224.

Spitzen.
Drama in 5 Akten nach dem bekannten Roman von Paul Lindau:
Geheimnisse a. d. Liebesleben e. bekannten Gräfin aus Berlin-W.
Vorführ.: 4.40 6.50 9.10.

Was tut man nicht alles für's Kind.
Schwank in 3 Akten.
Vorführ.: 4.00 6.10 8.30

Die neuesten Wochenberichte.

Beginn 4 Uhr.

Alte Promenade 11 a
Fernruf 5788.

Die gefahrvolle Wette.
Ein kriminalistisches Rätsel in 5 Akten mit
Aage Fönss, Agnes Rehni.
Ein Film, spannend, wie selten einer gezeigt wird.
Vorführ.: 4 40 6.50 9.10.

Arnold Rieck
in dem Schwank in 3 Akten
Die Zwillinge des Herrn Sebastian
Vorführ.: 4.00 6.10 8.20.

Beginn 4 Uhr.

Die Abendvorstellungen beginnen 8¹⁵ Uhr.

8838

Deutscher Eisenbahner-Verband,
Ortsgruppe Halle a. d. S.

Sonntag, den 7. März 1920, vormittags 10 Uhr, in der Kaiser-Wilhelmshalle (Neue Promenade):

Oeffentliche Eisenbahnbeamtenversammlung

Tagesordnung:

1. **Die neue Besoldungsreform der Eisenbahnbeamten.**
   Referent: Kollege **Kotzur**, Mitgl. der Nat.-Vers.
2. Freie Aussprache.

Eisenbahnbeamte! Erscheint in Massen zu dieser Versammlung, besonders seien die Herren vom Beamtenbund eingeladen.

Es werden viele Fragen zur Klärung kommen über die Arbeiten der Beamtenbesoldungsreform. 8846

Die Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Licht-Spiele

Erstaufführung!
Ein Filmwerk von seltener Spannung und hochdramatischer Handlung.

Die siebente Grossmacht!
7 gewaltige Akte.

Ausserdem die kleine Filmschauspielerin **Nelly Gutmann** in ihrem reizenden Lustspiel

Detektiv Nelly

Beginn 4 Uhr. Einlass 3½ Uhr.

Vorführung:
4.20 6.25 8.40.

Fernsprecher 4681.
Grosse Ulrichstr. 51.
8845
Im Herzen der Stadt

Die neuesten Moden
in Herren- und Jünglings-Anzügen sind in wunderbaren Mustern und guten Stoffen in großer Auswahl am Lager. 8847

Jackettanzug in d. neuest. braunen, grün. u. grauen Must. 1- und IIreihig alles in nur prima Zutaten verarbeitet Stück nur 315⁰⁰ Mk.	**Jackettanzug** in gestreiften, kariert. glatten Modefarben 1- und IIreihig alles in nur echter Verbarbeitung Stück nur 355⁰⁰ Mk.
Jackettanzug in Sportformen, mit Gürtel, Quetschfalt. u. Umschlaghose in braunen, blauen, hellen u. dunkl. Modemustern, alles mit nur prima Zutaten verarbeitet Stück nur 465⁰⁰ Mk.	**Jackettanzug** in Sportformen und sonstigen Modearten Ersatz für Maß in wunderbar. Modefarben, wie rehbraun, grün, grauen u. echt schwarz. Farbentönen, alles in nur pa. Verarbeitung Stück nur 545⁰⁰ Mk.

Sämtliche Waren sind noch rechtzeitig eingekauft, daher die Preise bei den heutigen Verhältnissen selten günstig preiswert.

Ernst Renner, Marktplatz 14. 14.

Felle,
a. Sort. Roßhaar, Wolle, Häute kauft zu höchsten Preisen
A. Weise, 7585
Pelz- u. Fellhandlung.
Rannischestr. 1. Tel. 1667.
Händler erh. hohe Preise.

Echt Nordhäuser Kautabak, englische und deutsche Zigaretten, reinen Rauchtabak
empfiehlt 8825
G. Stoermer,
Liebenauer Strasse 18.

Frauenschutz Patentex. *4793
Die Ehe ohne Sorgen.
Broschüre g. 20 Pf.-Marke.
Zentral-Versand,
Zwickau-Oberhohndorf S.

Saanenziegenbock
jährig, weiß, rassig, hornlos, kurzhaarig, verkauft
Oehmichen, *4791
Gröbers b. Burgkemnitz.

Schutzmittel! 827
(Wenn z. v. Kinder!?)
Aerztl. empfohlen. Preisliste verschloss. geg. 50 Pf. bch. Versandh. Germania Halle, Landsbergerstr. 5.

Futter-Rüben
steh. v. Montag ab z. Verk.
Kurt Vogel, 8819
Trothaerstr. 44. Tel. 4513.

Unserem altbewährten Genossen u. Mitbegründer Franz Schneider, jetzt in Delitzsch wohnhaft, zu seiner Vermählung, die herzl. Glückwünsche
Pouch, 5. März 1920.
Ortsgruppe Pouch der U. S. P. D.
Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität, Ortsgr. Pouch.
Arb.-Turn- u. Sportverein, Pouch.
Geselligkeitsverein Frah. II. Pouch.

Zigarren-Zentrale, Sangerhausen
Bekanntes Spezialhaus für:
Billige, gute Zigarren, Reine Rauchtabake, Türkische Zigaretten,
aus weltbekannten Fabriken, wie Jasmatzi, Carbaty, Kios, Feiagold usw., goldgelbe Tabake (Verkauf nur wie Preisaufdruck).
Hauptgeschäft:
Regelsgasse u. Hüttenstraßen-Ecke.
— Telephon 484. — *4790
Beste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.

Fahrräder
m. gut. Gummibereifung, Fahrr.-Deck. u. Schläuche in großer Ausw. a. Lager, Kontinent., Excelsior, Harburg, Wien, Polack, Calman. Kaufen Sie sofort, so haben Sie Vorteil. 8818
C. Wurmstich, Fahrradhandlg. u. Reparaturwerkst., Merseburgerst. 168.

Guterh. Chaiselongue, Spieg. m. Schränkch., neue Kommode, Waschtisch mit Marmorplatte, kl. Wandspiegel, Gebett pr. Federbett sowie 1 Deckbett mit Kissen, Fahrrad m. neuer Ber. verk. **E. Dippold,** Advokatenw. 18, Lad. 8826

Lumpen, Wolle, Neutuch Kaninchenfelle, Papier kauft zu höchsten Tagespr. u. holt auf Wunsch ab 7580
Ludwig, Schwetschkestr. 14.

Wismut
kleinere u. größ. Mengen zu kaufen gesucht. 8758
Hirschapotheke.

Eine Dezimalwaage z. vk. Hirtenstr. 7, I. 8814

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdgl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200305-14/fragment/page=0004

Der Abfindungsskandal
vor der Preußischen Landesversammlung.

Der Gesetzentwurf über die Abfindung des ehemaligen Königshauses ist am Dienstag von der Preußischen Landesversammlung nach sechsstündiger Debatte ihrem Rechtsausschuß überwiesen worden. Neben dem rechtssozialistischen Abgeordneten Gräf-Frankfurt war es der Genosse Adolf Hoffmann, der die Ungeheuerlichkeit des Milliardengeschenks an die bankrotten Hohenzollern aufs allerschärfste geißelte. Da seine Rede in dem offiziellen Parlamentsberichte mit wenigen Zeilen abgetan wurde, geben wir sie in Nachstehendem nachträglich noch ausführlicher wieder:

Abg. Adolf Hoffmann (Unabh. Soz.):

Als neulich der Gesetzentwurf auf die Tagesordnung kommen sollte, hat Herr Gräf wider Willen die Wahrheit gesagt, indem er ausführte, Südekum wolle den Entwurf verteidigen. Was Südekum heute sagte, war mehr als dürftig. Seine Leute lassen ihn sogar im Stich. Wenn wir boshaft wären, dann könnten wir nur wünschen, daß der Gesetzentwurf mit bürgerlicher Mehrheit angenommen würde. Der Antrag Gräf ist nur ein Manöver, um die Entschiedenheit von sich abzuwälzen und dann den Wählern als entschlossene Männer gegenüberzutreten. Solche Rede, wie sie Gräf heute hier gehalten hat, ist von dieser Seite lange nicht gehört worden.

Festhalten wollen wir an Gräfs Geständnis, daß der Krieg unmöglich gewesen wäre, wenn die Sozialdemokratie nicht mitgemacht hätte.

Es ist eine unerhörte Zumutung, dem Manne, der den Funken an das gefüllte Pulverfaß legte, angesichts der ungeheuren Not des Volkes noch irgendeine Abfindung zu zahlen. Sicher sind die Hoffnungen des Bewohners von Amerongen weit übertroffen. Er hat gewiß nicht geglaubt, daß sozialdemokratische Minister ihm solche weitgehende Zugeständnisse machen würden.

Kennzeichnend ist, daß der Mann, dieser fluchbeladene Hohenzoller als gleichberechtigter Kontrahent angesehen wird. (Große Unruhe.) Bestreiten Sie etwa die Schuld dieses Mannes? Ich will Ihnen Beweise liefern, daß Sie daran genug haben. Erinnern Sie sich an die Debatte im Reichstag über das persönliche Regiment. Damals waren alle von Bebel bis Heidebrandt einig, daß er endlich seinen gottlosen Mund halten solle, weil wir sonst ins größte Unglück gestürzt würden. Aber was besonders in Betracht kommt, ist, daß die Veröffentlichung der Kriegsdokumente mit den Randglossen von Wilhelms Hand den unwiderleglichen Beweis erbracht haben, daß er

der Hauptheter zum Kriege

gewesen ist. (Redner verliest unter lebh. Hört, hört! der U. Soz. einige der markantesten Belegstellen aus der Kautsky-Broschüre.) Diese Art, wie der vormalige deutsche Kaiser zum Kriege gehetzt hat, muß für alle Zeiten festgehalten werden. Ich möchte dabei an ein Bild des belgischen Malers Wiertz erinnern, auf dem Napoleon dargestellt ist, die Arme gekreuzt; Rauch und Flammen umhüllen ihn und ein endloser Strom von Frauen flutet ihm entgegen. Da bringen Mütter ihre vor Entkräftung gestorbenen Säuglinge und Kinder; Frauen ihre getöteten und verstümmelten Männer, Mädchen ihre toten Liebsten und strecken sie ihm entgegen, Schmerz und Zorn im Auge und Verwünschungen auf den Lippen. **Das Unglück, das Napoleon verschuldete, wiegt federleicht gegenüber dem, an welchem Wilhelm II. die Hauptschuld trägt.** Es fehlt an Heimen für die Kriegskrüppel und -blinden, es fehlt an Kranken- und Genesungsheimen, an Mütterhäusern und Kinderheimen. Die Wohnungsnot ist unendlich groß. Da hätten wir die besten Verwendungsmöglichkeiten für die Schlösser und Villen.

Im § 1 des Gesetzes heißt es ausdrücklich, der Vergleich solle erst wirksam werden, wenn ihm die Landesversammlung zugestimmt habe. Damit stehen aber Vorgänge im Widerspruch, die ich der angelegentlichsten Aufmerksamkeit des Herrn Finanzministers empfehle.

Ich habe Mitteilungen erhalten so ungeheuerlicher Art, daß wir verlangen müssen, durch eidliche Vernehmungen den Sachverhalt schleunigst festzustellen.

Es wird behauptet: **Ein Erzieher der Prinzen sei als Adjutant geführt worden, um die Kosten der Staatskasse aufbürden zu können. Jetzt soll er 18 000 Mark Ruhegehalt bekommen, obgleich er in Holland ist. Eine Hofdame in dem ehrwürdigen Alter von 22 Jahren soll gleichfalls mit 18 000 Mark jährlich bedacht werden.**

Die Kosten der Kaisermanöver sind der Staatskasse zur Last gefallen. Was aber alles zu diesen Kosten gerechnet wurde, ist enorm. Stühle des Schlosses wurden vergoldet, zerbrochene Waschgeschirre angeschafft, Fußböden ausgebessert, alles auf Konto „Kaisermanöver". Das scheinen mir doch recht unsaubere Manöver zu sein.

Wenn in der Begründung zum Gesetz gesagt ist, es sei schwer, zwischen Privat- und Staatseigentum zu unterscheiden, so muß nachträglich erst die Verwirrung hineingetragen worden sein, denn unter Wilhelm II. ist beides streng getrennt geführt worden. Die Inventarbücher müssen sichergestellt und ihr Inhalt genau nachgeprüft werden.

Die Weinkeller, deren Ausplünderung durch die Matrosen uns so oft gemeldet wurde, sind, wie der Kellermeister rühmt, unversehrt geblieben. Die Matrosen hätten, so sagt er, nicht eine Flasche daraus bekommen. Diesen Weinkeller will der Finanzminister als Privateigentum der Hohenzollern angesehen wissen, und doch ist der Inhalt aus Staatsmitteln bezahlt worden. Wo ist der Wein geblieben? Er ist stillschweigend verkauft worden. Südekum und Hirsch sollen gleichfalls davon erhalten haben. Das hätte zumindest öffentlich geschehen müssen und erst nachdem die Landesversammlung gesprochen hatte. Der Kellermeister Schlieper soll vor der Revolution ein armer Mann gewesen sein. Jetzt verfügt er angeblich über ein großes Konto bei der Darmstädter Bank.

Von Möbeln, Teppichen, Wäsche wird alles Mögliche fleißig im Auftrage des Hausministers Eulenburg fortgeschafft und verkauft. Auch der aus dem Erzbergerprozeß bekannte Herr Strauß soll für billiges Geld kostbare Möbel erworben haben. Wie toll es getrieben wird, kann man daraus ersehen, daß sich sogar der Beamtenausschuß dagegen gewehrt hat. Ein Angestellter, der täglich die Schiebereien mit ansehen mußte, wollte auch einiges kaufen. Er konnte jedoch die geforderten 3000 Mk. nicht aufbringen und mußte nun sehen, wie ein Herr vom Finanzministerium dieselben Sachen für 700 Mk. erhielt. Das Tollste aber ist, daß sich der Möbelverwalter selbst an den Käufen beteiligt und die Perser Teppiche, die Polstersachen usw. als Notstandsmöbel herausgeben. Tag für Tag gehen auch die wertvollsten Sachen nach Amerongen.

Bereits 60 Möbelwagen sind abgegangen

und man hat deren Inhalt gar nicht in der Villa unterbringen können, sondern erst einen Schuppen bauen müssen, der von Bewaffneten bewacht wird. Auch wertvolle Gemälde von Kranach, Watteau u. a. sind neben künstlerisch wertvollen Glasfenstern verschwunden.

Das Silberzeug hatte man zunächst in einem dunkeln Gemach eingemauert. Jetzt wird es fortgeschafft, wahrscheinlich auch nach Holland.

Dem Staate gehen Milliarden verloren.

Die Ausplünderung des Schlosses hat in der Tat erst begonnen, nachdem die Matrosen mittels Kanonen daraus vertrieben worden waren.

Wir verlangen, daß die hauptsächlich beteiligten Beamten sofort ihres Dienstes enthoben, daß die Bücher beschlagnahmt werden und eine eidliche Vernehmung der Zeugen stattfindet, deren Namen ich benennen werde.

Wir fordern in unserem Antrag, daß die ehemaligen regierenden Fürstenhäuser zugunsten der Staaten ihres gesamten Vermögens für verlustig erklärt werden.

*

Südekum war wütend. Er erklärte Hoffmanns Behauptung für unwahr und vergaß sich sogar soweit, daß er von seinem Parteifreund, dem Präsidenten Leinert, eine — allerdings recht gelinde — Rüge erhielt.

Genosse Rosenfeld wies in einer persönlichen Bemerkung nach, daß er es gewesen war, der im November 1918 unter schweren Kämpfen mit den Rechtssozialisten die Beschlagnahmeverordnung durchgesetzt hat.

*

Vertagung der Landesversammlung.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung 12 Uhr 30 Min.

Das Haus überweist nach kurzer Beratung den Antrag Dr. Ritter (Dn.) über Wiedereinführung der Fahrpreisermäßigungen im Interesse der Jugendpflege, dessen Verwirklichung die Regierung von der Besserung der Betriebslage abhängig macht, dem Bevölkerungsausschuß.

Abg. Menzel (Dn.) begründet eine förmliche Anfrage über die hohen Holzpreise bei den staatlichen und kommunalen Holzversteigerungen.

Landwirtschaftsminister Braun: Die Ursache der ungeheuren Holzteuerung liegt neben der Entwertung unseres Geldes in der starken Nachfrage nach Holz, dem nur ein geringes Angebot gegenübersteht. Uns fehlt die Einfuhr von 15 Millionen Festmetern ausländischen Holzes und ferner haben wir den Verlust der ausgedehnten Waldgebiete in Posen und Westpreußen zu ertragen. Die Regierung hat das Holz der Staatsforsten fast ausschließlich an das Handwerk und die Industrie abgegeben und kleinere Holzmengen an das Handwerk auch freihändig zu niedrigen Preisen verkauft. Leider ist durch diese Vergünstigungen kein Vorteil für den Verbrauch erzielt worden. Die Preise der Möbel sind ins Ungemessene gestiegen. Die staatliche Forstverwaltung ist bemüht gewesen, der Preistreiberei entgegenzuwirken. Leider hat ihr Verzicht auf hohen Gewinn dem Verbrauch nichts genützt. Ein Weg, der die fessellose Preistreiberei auf diesem Gebiet unterbindet, muß gefunden werden. Wir werden dem Reichswirtschaftsministerium den Vorschlag machen, die Zwangsbewirtschaftung für Holz einzuführen; denn so wie jetzt, geht es nicht weiter. (Beifall.)

Abg. Peters (Hochdonn) (Soz.): Das billige Holz der Staatsforsten muß in erster Linie der großstädtischen Bevölkerung zugute kommen. Solange das Angebot so erheblich wie heute hinter der Nachfrage zurückbleibt, ist die Zwangsbewirtschaftung nicht zu entbehren.

Abg. Goll (Dem.): Die Regierung soll die Ausfuhr nach dem besetzten Gebiet überwachen. Die privaten Waldbesitzer müssen unter Kontrolle gestellt werden. Wir können nicht wieder in die Höhe kommen, wenn die Entente die Aufrichtung der Ordnung im besetzten Gebiete hindert.

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. Christange (U. S.) und Held (D. Vp.) schließt die Aussprache.

Danach vertagt sich das Haus auf Dienstag, den 16. März, mittags 12 Uhr: Verfassung, Verreichlichung der Eisenbahnen, Nachtragshaushalt. — Schluß 2¾ Uhr.

Reichskonferenz
der Gemeindevertreter der U. S. P. D.

Am 29. Februar und 1. März tagte im Rathaus zu Berlin eine Konferenz der Gemeindevertreter unserer Partei, einberufen vom Parteivorstand. Die Konferenz sollte Stellung nehmen zu einem Kommunalprogramm, das unter besonderer Berücksichtigung des Finanz- und Steuerwesens in den Gemeinden zu schaffen ist.

Das einleitende Referat hatte Genosse Emanuel Wurm-Berlin übernommen. Er führte etwa folgendes aus: Durch die politischen Umwälzungen in Deutschland haben wir zwar auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung etwas mehr Rechte als früher erhalten, aber unsere Hoffnungen auf eine freiere Selbstverwaltung haben sich nicht erfüllt. Die Grenzen, wie weit die einzelnen Gemeinden selbst befugt sind, über sich selbst zu verfügen, sind viel zu eng gezogen. Wo wir die Möglichkeit besitzen, die Gemeindeverwaltung ganz nach unserem Wunsche zu leiten, werden wir nicht nur durch die Staats- und Reichsgesetze gehindert, sondern auch durch die politisch noch ungeschulte Arbeiterklasse, so daß es uns an Kräften fehlen muß, um alle die Aufgaben zu erfüllen, die unser harren. Es bestehen auch Widerstände zwischen uns Sozialdemokraten und den aus der bürgerlichen Klasse hervorgegangenen Beamten. Diese Beamten aber einfach zu beseitigen, ist unmöglich, da den Arbeitern die einschlägigen Kenntnisse fehlen, um sie zu ersetzen.

Es kommt nun darauf an, da unsere Grundsätze stets eingehalten werden. Daß es dabei zu Konflikten und Reibungen kommt, ist unvermeidlich. Bei allen Forderungen, die wir an die Gemeinden zu stellen haben, befinden wir uns allerdings in einer Zwickmühle. Ich vertrete aber auch heute noch den Standpunkt, daß wir unsere Forderungen unter dem Gesichtspunkt zu stellen haben, was notwendig ist im Interesse des Proletariats und nicht was möglich ist. Das sind Grundsätze, die, wenn sie immer befolgt worden wären, uns vor manchem Schaden bewahrt hätten.

Wenn wir fragen, was ist möglich, dann sind wir in Zukunft noch mehr eingeschränkt als früher. Die neuen Steuergesetze legen den Gemeinden noch mehr Handschellen an als früher. Aufgabe unserer Vertreter im Reich und in den Landtagen wird es sein, diese Gesetze zu bekämpfen. Wir fordern aber Steuern, die die minderbemittelte Bevölkerung nicht belasten.

Es bleibt die Frage offen, können wir aus eigenen Betrieben der Gemeinden Ueberschüsse zur Deckung notwendiger Ausgaben heranziehen? Das richtet sich danach, inwieweit diese Betriebe der Allgemeinheit zugute kommen oder nur einigen wenigen, besser Bemittelten. Im letzteren Falle dürfte sich nichts gegen Ueberschüsse einwenden lassen, man könnte vielleicht noch eine Staffelung der Preise je nach der Leistungsfähigkeit der Verbraucher einführen.

Was die Forderungen betrifft, so müssen wir den Arbeitern sagen, daß sie manche Wünsche noch zurückstellen, aber dafür sorgen müssen, daß die politischen Verhältnisse andere werden. Die Siedlungsfrage z. B. ist nicht mit so großem Enthusiasmus zu begrüßen. Was uns nottut, das sind gesunde Wohnungen in großen Häusern mit viel Freiland und gemeinsamen Einrichtungen, damit die Frauen auch von ihrem Sklavendasein erlöst werden.

Für die Lösung der sozialen Aufgaben sind in erster Linie Staat und Gemeinden zuständig. Die Arbeitsämter z. B. haben nur Wert, wenn ihnen ein Reichsgesetz eine Grundlage gibt. Eine andere Frage ist die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die die Gemeinden nicht nur für ihre eigenen Arbeiter und Angestellten vorzunehmen haben, sondern auch darauf ist zu achten, daß sie bei den Unternehmern geregelt sind, die Arbeiten für die Gemeinde ausführen. Der Sicherheitsdienst ist Aufgabe der Gemeinden, der Staat darf sich da nicht hineinmischen. Für die Armen, Siechen und für die Jugend sind Wohlfahrtsämter zu errichten und das alte System der Armenpflege ist zu beseitigen. Für die Erziehung der Jugend ist die Arbeitsschule zu fordern. Schulgeld ist grundsätzlich nicht zu erheben oder höchstens an den höheren Schulen in Form von gestaffelten Zuschlägen zur Einkommensteuer. Es sind auch Volksbibliotheken und Lesehallen zu errichten. Für die Gesundheitspflege ist heute besonders wichtig die Heranziehung von tüchtigen Nervenärzten. Der Unentgeltlichkeit der Krankenpflege und der Geburtspflege muß, soweit nicht die Krankenkassen dafür einstehen, ebenfalls von den Gemeinden für die Unbemittelten gefordert werden. Nicht nur in Krankenhäusern sondern auch in den Wohnungen müssen die Kranken unentgeltlich behandelt und gepflegt werden. Die Leichenverbrennung muß gefördert werden, sie muß unentgeltlich oder die Kostenbeiträge je nach dem Einkommen gestaffelt sein.

Nachdem der Redner für die Einrichtung von Auskunftsstellen für Gemeindevertreter eingetreten ist, kommt er zum Schluß und sagt: Wir müssen zu einem festen Programm kommen, dazu ist diese Konferenz einberufen, und es muß eine Kommission gebildet werden, die ein Kommunalprogramm ausarbeitet. Wie weit wir aber unsere Forderungen durchsetzen können, hängt weniger von einem Programm als von der Weitsichtigkeit und Energie unserer Vertreter ab.

Nach dem Referat setzte eine lebhafte und interessante Diskussion ein, die wir wegen Raummangel leider nur in aller Kürze wiedergeben können. Ein längerer Bericht wird aber in der Sozialistischen Gemeinde erscheinen.

Die Meinungen der einzelnen Diskussionsredner gingen besonders in der Steuerfrage etwas auseinander. Während ein Teil sich ebenfalls wie der Referent strikte gegen indirekte Steuern und gegen jede Opportunitätspolitik erklärte, wollen andere die indirekte Besteuerung unter gewissen Voraussetzungen zugelassen wissen. Besonders die Vertreter kleinerer Gemeinden, die keine eigenen Werke haben, aus denen eventl. Ueberschüsse herausgeholt werden können, erklärten, daß ihnen, da ihnen das Recht der direkten Besteuerung genommen werden solle, kein anderer Weg übrig bleibe, als die indirekten Steuern. Wo es möglich sei, müßten die Gemeinden auch kommunalisieren und auf diese Weise Geldmittel beschaffen. Auf die sonstigen vom Referenten angeschnittenen Fragen wurde lebhaft diskutiert und darin in den Hauptpunkten Uebereinstimmung erzielt.

Nach einem längeren Schlußwort des Genossen Wurm wurde dann ein Antrag, das Referat drucken zu lassen und als Broschüre herauszugeben, in der Form angenommen, daß ein kommunales Handbuch unter Mitwirkung noch anderer erfahrener Parteigenossen herausgegeben werden soll.

Am zweiten Tage hielt dann zu Beginn der Sitzung der Genosse Henke-Bremen ein Referat über Grundsätzliche sozialistische Gemeindepolitik unter besonderer Berücksichtigung der Kommunalisierung. Nach der Novemberrevolution ist der Ruf nach Sozialisierung besonders stark geworden, hervorgerufen durch den Niederbruch der kapitalistischen Wirtschaftsweise während des Friedens. Dazu kommt die allgemeine Arbeitsunlust, denn der Arbeiter hat keine Lust mehr für die Ausbeuter zu arbeiten.

Wir müssen Leitsätze für unser praktisches Handeln haben. Theorie und Praxis können nicht ohne einander auskommen. Man kann in einer Gemeinde auch nicht für sich allein wirtschaften, sondern es muß Rücksicht auf die allgemeine Volkswirtschaft und auch auf die Weltwirtschaft genommen werden.

Den Weg zum Sozialismus wollen wir nicht mit Gewalt gehen, sondern durch organische Entwicklung zu erreichen suchen. Es wird noch viel darüber gestritten, wer für die Sozialisierung bestimmter Betriebe zuständig ist, ob Reich, Staat oder Kommune. Die verschiedensten Interessenten melden sich da an, meistens natürlich kapitalistische. Auch zwischen den einzelnen Gemeinden werden verschiedene Interessen vertreten. Dazu kommen die Gegensätze zwischen den Magistraten und den Stadtverordneten. Vor allen Dingen fehlt uns aber ein Kommunalisierungsgesetz, und wenn wir es bekommen, dann wird es auch danach aussehen. Dazu kommt die Zersplitterung der Arbeiterklasse, wo sogar Rechtssozialisten gegen Kommunalisierung sich wenden. Ein einheitliches Schema für die Kommunalisierung läßt sich nicht schaffen. Hüten soll man sich auch, unvorsichtig an die Dinge heranzugehen und sie von Leuten machen lassen, die keine sozialistische und praktische Erfahrung haben. Was zu sozialisieren ist, wird von Fall zu Fall zu entscheiden sein. Ganz besonders gilt für unsere Gemeindevertreter das Wort von Karl Marx: Die Arbeiter haben, wenn sie zur politischen Macht kommen wollen, nicht die Aufgabe, Utopien zu erfüllen. Das müssen wir unseren Arbeitern sagen, wenn wir keine Schwierigkeiten haben wollen. Wir müssen die Arbeiter im sozialistischen Sinne aufklären, denn nur mit einer so aufgeklärten Masse können wir den Sozialismus verwirklichen.

Auch an das Referat des Genossen Henke schloß sich eine ebenso ausgiebige wie interessante Diskussion. Verschiedene Redner hoben die guten Erfahrungen hervor, die sie in ihren Gemeinden mit der Uebernahme oder Einrichtung neuer Betriebe in ihren Gemeinden gemacht haben. Durchweg sind diese Einrichtungen besonders der ärmeren Bevölkerung zugute gekommen, indem ihnen zu billigen Preisen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände abgegeben werden konnten.

Genosse Stoecker (vom Parteivorstand) widersprach ganz entschieden der Ansicht des Genossen Henke, daß wir einer ruhigen, friedlichen, organischen Entwicklung entgegengehen. So wichtig es sei, daß wir jeden Posten in der Kommune erobern, müßten wir doch auf revolutionäre Kämpfe gerüstet sein. Es sei doch ganz unmarxistisch, anzunehmen, daß der Uebergang des Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaft sich ruhig organisch und friedlich entwickele. Deshalb dürften wir bei aller Kleinarbeit nicht vergessen, daß es unsere wichtigste Aufgabe sei, das Klassenbewußtsein und den revolutionären Willen weiter zu stärken.

In seinem Schlußwort ging Genosse Henke auf die Ausführungen der Redner ein und stellte fest, daß er von dem Genossen Stoecker mißverstanden worden sei. Er wisse ganz genau, daß wir noch mit einer langen Reihe von Bürgerkriegen zu rechnen haben werden.

Der Konferenz lagen nun folgende drei Resolutionen vor:

„Die Reichskonferenz der Gemeindevertreter der U. S. P. D. stellt mit Entrüstung fest, daß der im März 1919 von der Sozialisierungskommission vorgelegte Entwurf zu einem Rahmengesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben noch immer nicht als Gesetzesvorlage an die Nationalversammlung gelangt ist. Im Interesse der Gemeinden liegt es, ihnen baldigst die Möglichkeit zur Kommunalisierung zu geben, während die Verzögerung nur die Interessen der besitzenden Klassen wahrt, die jetzt höhere Entschädigungen beansprucht als vor einem Jahr. Die Reichskonferenz fordert die Genossen in den Gemeindevertretungen auf, dort ebenfalls gegen die Verschleppung der Kommunalisierung Einspruch zu erheben. Wurm."

Eine andere Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die Reichskonferenz der Gemeindevertreter der U. S. P. D. in Berlin protestiert entschieden gegen die die große Masse der Minderbemittelten infolge der niedrigen Festsetzung des steuerfreien Existenzminimums hart treffende Steuerpolitik, die den Gemeinden die selbständige Festsetzung von Steuern völlig entzieht, deren Selbstverwaltung nicht nur einengt, sondern die Erfüllung der wichtigen sozialen und kulturellen Aufgaben direkt verhindert und jede Reform unmöglich macht. Die während des Krieges von den bürgerlichen Mehrheiten der Dreiklassenparlamente betriebene kommunale Finanzpolitik, die genau wie im Reich und Staat die Deckungsfrage der Zukunft überließ, hat die Gemeinden ebenfalls dem Bankerott zugeführt. Im Interesse des Volkes ist aber unter Vorbedingung einer großzügigen Ernährungspolitik der weitere Ausbau der Volksgesundheitspflege auf allen Gebieten notwendig, ebenso wie die Schulreform. Mit dem Raub des selbständigen Steuerrechts der Gemeinden, wodurch diese nur zur Kostgängerin des Reiches degradiert werden, sind Reich und Staat verpflichtet, mindestens die gesamten Schullasten wie auch die Lasten der gesamten Wohlfahrtspflege zu übernehmen. Die Reichskonferenz verlangt dringend, daß dieser Forderung schnellstens Rechnung getragen wird, und erwartet, daß unsere Vertreter mit allem Nachdruck diesen Forderungen Geltung verschaffen.

Oskar Hoffmann, Elberfeld."

Eine dritte vom Genossen Stoecker eingereichte Resolution hat folgenden Wortlaut:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200305-14/fragment/page=0005

„Die Reichskonferenz protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der preußischen Regierung geplante Gemeindeverfassung, die das Magistratssystem verewigen will, anstatt endlich die alte Forderung der Sozialdemokratie nach dem Einkammersystem durchzuführen. Sie protestiert weiter gegen die einengenden Bestimmungen gegen das Selbstverwaltungsrecht und fordert von der preußischen Landesversammlung, bei der bevorstehenden Beratung der Provinzial-, Städte-, Kreis- und Landgemeindeordnung in diesen Körperschaften das Einkammersystem durchzuführen und ihnen ein wirkliches Selbstverwaltungsrecht zu geben."

Diese drei Resolutionen wurden von der Konferenz einstimmig angenommen.

Mit einem kurzen Rückblick auf die Arbeit des Kongresses, die hoffentlich auf die Tätigkeit unserer Gemeindevertreter im Reiche recht nutzbringend wirken möge, schloß Crispien die Konferenz.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 5. März 1920.

Die Elternbeiratswahlen.

Nur noch ganz kurze Zeit trennt uns von den Elternbeiratswahlen in Halle, da die Wahl am kommenden Sonntag, den 7. März, in der Zeit von vormittags 9 bis mittags 1 Uhr in sämtlichen Volksschulen vorgenommen werden soll. Das kirchenfromme Bürgertum rüstet mit aller Kraft. Deutschnationale Demokraten und Rechtssozialisten schlossen sich diesmal fest zusammen, um in einer sogenannten „neutralen" bürgerlich-christlich-sozialistischen Liste geschlossen gegen das auch auf dem Gebiete des Schulwesens anstürmende Proletariat Front zu machen.

Proletarische Eltern! Wollt ihr, daß auch fernerhin die Bourgeoisie eure heranwachsende Jugend allein in Obhut nehme und für ihre Zwecke mißbraucht und fügsam macht? Genossen! Laßt euch nicht täuschen durch die Reformversprechungen, die man euch macht. Nicht ein Stückchen Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit wird die Schulreaktion euch lassen, wenn ihr nicht durch die unwiderstehliche Massengewalt eures entschlossenen revolutionären Willens euch euren Einfluß in der Schule sichert. Soll man weiter in den Schulen eure revolutionäre Gesinnung beschimpfen und eure Kinder benachteiligen? Nehmt daher die Elternbeiratswahlen nicht auf die leichte Schulter, agitiert für unsere sozialistischen Erziehungsziele. Klärt die Köpfe aller Proletarier auf und geht am Sonntag geschlossen zur Wahl, damit allen Tücken und Geschicklichkeit der Reaktion zum Trotz in den Elternbeiräten von Halle der Gedanke des Sozialismus herrschend ist.

Stimmzettel unserer Partei sind vor jedem Schullokal zu haben. Auf unseren Listen ist jedesmal nur der erste Kandidat angegeben, und wer n unsere Genossen und Genossinnen ersucht, die Stimmzettel auch nur so abzugeben, wie diese von unseren Stimmzettelverteilern verausgabt werden. Die Kandidatenlisten der U. S. P. D. beginnen mit den Namen in der

Alten Volksschule
Schmidt, Gustav, Arbeiter, Rannischestraße 6.

Neumarktschule (für Knaben)
Bittag, Max, Former, Unterberg 17.

Neumarktschule (für Mädchen)
Lüttich, Karl, Former, Breitestraße 17.

Glauchaschule (für Knaben)
Berbig, Otto, Angestellter, Jakobstraße 26.

Glauchaschule (für Mädchen)
Bantelmann, Paul, Blechschmied, Lerchenfeldstraße 20.

Schillerschule (für Knaben und Mädchen)
Menz, Willy, Schlosser, Schillerstraße 27.

Johannesschule (für Knaben)
Rothnick, Willy, Former, Thomasiusstraße 17.

Johannesschule (für Mädchen)
Mövius, Emma, Hausfrau, Pfännerhöhe 34.

Huttenschule (für Knaben und Mädchen)
Freundlieb, Otto, Dreher, Thüringerstraße 30.

Weingärtenschule (für Knaben und Mädchen)
Kutscher, Hermann, Maurer, Böllberger Weg 6.

Friesenschule (für Knaben und Mädchen)
Werge, Paul Former, Krausenstraße 18.

Schule Freiimfelde (für Knaben und Mädchen)
Max, Max, Hofmeister, Landsbergerstraße 13.

Talamtschule (für Knaben)
Schleiß, Karl, Schuhmacher, Kl. Klausstraße 7.

Talamtschule (für Mädchen)
Rendelmann, Hermann, Schneidermeister, Kl. Klausstraße 7.

Lutherschule (für Knaben und Mädchen)
Zeigermann, Bernhardt, Kraftfahrer, Schlosserstraße 1.

Giebichensteinschule (für Knaben)
Köhler, Gustav, Kesselschmied, Triftstraße 27.

Giebichensteinschule (für Mädchen)
Müller, Franz, Packer, Böckstraße 1.

Trothaschule (für Knaben und Mädchen)
Brömme, Albert, Zimmerer, Petersbergstraße 4.

Kröllwitzschule (für Knaben und Mädchen)
Hempel, Friedrich, Schlosser, Wörthstraße 5.

Viele Kinder besuchen jetzt andere Schulen als die, in denen sie eingetragen sind. Die Eltern haben bei der Wahl zu beachten, daß sie in diejenigen Schulen wählen gehen, wo ihre Kinder eingetragen sind und sie demzufolge in der Wählerliste stehen. Unsere Mitglieder der Wahlvorstände seien darauf hingewiesen, daß die Auszählung der Stimmzettel in folgender Weise zu erfolgen hat: Die Wahlvorstände ermitteln zunächst, wieviel Stimmen auf jede Kandidatenliste entfallen sind. Diese so ermittelten Zahlen werden der Reihe nach durch 2, 3, 4, 5 usw. geteilt. Das Resultat dieser Rechnung wird nun nach Höchstzahlen gesichtet, so daß sich folgende Rechnung ergeben würde:

Beispiel: Es sind in unserem Bezirk fast überall nur zwei Listen eingereicht, und zwar von der U. S. P. und den geeinigten Christlichen. Es entfallen nun Stimmen auf die Listen der

	U. S. P.		Christliche.	
	600	(1)	400	(2)
geteilt durch 2:	300	(3)	200	(5)
„ „ 3:	200	(4)	133.33	(7)
„ „ 4:	150	(6)	100	(10)
„ „ 5:	120	(8)	80	(12)
„ „ 6:	100	(9)	66.66	(15)
„ „ 7:	85.71	(11)	57.14	(17)
„ „ 8:	75	(13)	50	(20)
„ „ 9:	66.66	(14)	44.44	
„ „ 10:	60	(16)	40	
„ „ 11:	54.54	(18)	36.36	
„ „ 12:	50	(19)	33.33	

Die eingeklammerten Zahlen sind die Zahl der Kandidaten.

* Wettbewerb für Steinbildwerke. Zur Beurteilung der eingegangenen Entwürfe zum Wettbewerb um die Ausführung von Steinbildwerken für den Eingangshof des Stadtbades trat g[illegible] das Preisgericht zusammen. Eingegangen waren 8 Entwürfe. Der ausgesetzte 1. Preis von 1000 Mark wurde dem Bildhauer Christian Schmidt, hier, für seinen Entwurf Neptuns Reich, der 2. Preis von 700 Mark dem Verfasser des Entwurfs Jungborn, Bildhauer Kurt Löser, hier, zuerkannt.

Die Sicherstellung von Ruhe und Ordnung.

Genosse Fritz Kunert, der langjährige Abgeordnete für Halle-Saalkreis, hatte sich in einem längeren Schreiben an General Maercker gewandt und beantragt, daß alle in seinem Kommandobereich erlassenen Befehle zur Unterdrückung der unabhängigen Presse, sowie die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes für Halle-Saalkreis sofort oder mit höchster Beschleunigung aufgehoben werden. Er wies eindringlich darauf hin, daß eine Bewegung, an deren Spitze die U. S. P. steht, nicht durch Belagerungszustand und Presseverbot tot zu kriegen ist, vielmehr das Gegenteil erreicht wird, weil der Druck entgegen dem ursprünglichen Willen dazu zwingt, um so kräftiger unterirdisch zu arbeiten. Durch die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes ist militärischen Personen das „Recht" von Polizeibeamten geworden, die sich dadurch für berechtigt halten, in die Wohnung „Verdächtiger" eindringen zu können. Die Befugnis dazu habe sich der General angeeignet. Der „Verschärfte" bedeutet nicht nur Willkür, sondern auch die Erdrosselung des Vereinsrechtes, die Knebelung des Versammlungswesens, sowie die Abschlachtung der Koalitionsfreiheit mit dem Streikrecht. Er bedeutet ferner die schmachvolle und mörderische Anwendung der Schutzhaft, die als eine Foltereinrichtung von unserer bürgerlichen Republik übernommen worden ist aus den Zeiten wüster Reaktion. Dieser Belagerungszustand ist um so unerträglicher, als es sich bei ihm wiederum allein um die Mundtotmachung der Meinungsfreiheit der Unabhängigen Partei handelt, indessen die anderen Parteien unbegrenzt freie Hand haben (Das Verbot der Versammlung, in welcher gegen die Schreckensherrschaft der ungarischen Offizierskamarilla protestiert werden sollte, ist ein deutlicher Beweis dafür. Red.) Das ist der Ausnahmezustand, der verwerflich und verderblich ist, weil er das allgemeine Recht vernichtet und die allgemeine Rechtlosigkeit proklamiert. Dazu kommt, daß dieser verschärfte Belagerungszustand, wie auch der „gewöhnliche" mit Gesetz und Verfassung nicht nur auf höchst gespanntem Fuße steht, sondern durch und durch rechts- und verfassungswidrig ist.

Genosse Kunert ersuchte den General, nicht den Spuren Noskes zu folgen, dem er übrigens ein langes Leben wünsche, nebst Zugehör, denn er sei bisher unbewußt — wie vor ihm Wilhelm II. — einer der besten Vorarbeiter unserer Partei gewesen. Maercker habe wohl den Befehl und die Entscheidung über den sich jetzt jährenden bekannten Märzeinmarsch in Halle gehabt, nicht aber das Kommando über den Geist der Arbeiterschaft. Einen irgendwie maßgebenden Einfluß auf den Geist des hier in Betracht kommenden Teiles der deutschen Arbeiterklasse gewinne er nicht. Dazu sei es für ihn und seine Klassengenossen bereits zu spät, denn so oder so gehen die Dinge schicksalsschwer ihren Gang. General Maercker antwortete auf dieses Schreiben, das wir Raummangels wegen nur auszugsweise wiedergeben können wie folgt:

„Die ausgesprochenen Zeitungsverbote und die sonstigen Verordnungen, die ich auf Grund des von dem Herrn Reichspräsidenten verhängten Ausnahmezustandes in meinem Wehrkreisbezirk erlassen habe, müssen solange aufrecht erhalten bleiben, als es die Sicherstellung von Ruhe und Ordnung erfordert.

Um zu vermeiden, daß die getroffenen Sicherheitsmaßnahme länger als unbedingt notwendig aufrecht erhalten bleiben, findet fortdauernd eine gewissenhafte Nachprüfung aller Verhältnisse in den verschiedenen Gebietsteilen des Wehrkreises statt. Dies trifft besonders auch auf den Stadtkreis Halle und auf den Saalkreis zu."

„Fortdauernde Nachprüfungen" verspricht der Herr General. Das kann, wie die Geschichte des Volksblattsverbots lehrt, sich unter Umständen erheblich, vielleicht endlos in die Länge ziehen. Davon erhofft man „Sicherstellung von Ruhe und Ordnung" innerhalb einer Gesellschaftsordnung, die wirtschaftlich auf Anarchie, politisch auf Gewalt begründet ist. Ein schwerer, verhängnisvoller Irrtum, der in dem Schreiben unseres Genossen Kunert an General Maercker mit ausreichender Deutlichkeit nachgewiesen worden ist.

•

Bereits am 26. Februar, also am Tage des Zusammentritts der Nationalversammlung, hat Genosse Kunert nachstehende „Kleine Anfrage" an die Regierung Bauer-Noske gerichtet:

„Ist die Reichsregierung bereit, darüber Auskunft zu erteilen, aus welchen Gründen der über Halle und den Saalkreis verhängte verschärfte Belagerungszustand noch immer aufrecht erhalten wird; warum ferner die Freigabe der im Regierungsbezirke Halle-Merseburg seit langer Zeit verbotenen oder verstümmelten Presse der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, der stärksten Partei des Bezirkes, bisher nicht erfolgt ist? Wann soll die Freigabe der grundlos unterdrückten Presse und die Aufhebung des seit dem 16. Januar verhängten Belagerungszustandes erfolgen? Was gedenkt die Reichsregierung zur Herbeiführung normaler Zustände in Kreis und Bezirk und zur beschleunigten Erledigung der Sache zu tun?"

Die „gewissenhaften Nachprüfungen", die Herr General Maercker angeordnet hat, scheinen inzwischen so weit gediehen zu sein, daß man das Volksblatt und unsere Parteiblätter in Merseburg, Eisleben und Zeitz wieder freizugeben sich entschloß. Der verschärfte Belagerungszustand besteht aber weiter, trotzdem sowohl zu seiner Verhängung, noch für seine endlose Aufrechterhaltung kein greifbarer Grund vorhanden war.

Blaue, graue und grüne Polizei.

Aus Nachrichten, die in der Lokalpresse vor einiger Zeit erschienen waren, war zu entnehmen, daß den Angehörigen des sogenannten Polizeibataillons Halle, das uns hier eines schönen Morgens mit seinem Dasein erfreute, das Dienstverhältnis für den 1. März gekündigt worden sei. Das Polizeibataillon sollte durch eine in Weißenfels zusammengestellte Abteilung der neugebildeten Sicherheitspolizei Sachsen abgelöst werden, die in der Reilkaserne untergebracht wird, und ihren Dienst alsbald aufnehmen soll. Erscheinungen im Straßenbild deuten an, daß diese sogenannte Sicherheitswehr bereits in die Stadt Halle eingerückt ist — ohne ihr Zutun, und wohl auch gegen den Willen des Magistrats. Zu der „blauen" (städtischen) Polizei und der „grauen" (Heerespolizei) ist nun noch die dritte Farbe, die „grüne" (Sicherheits-)Polizei in unserem neupreußischen Polizei- und Militärstaat hinzugekommen.

In Halle hat es bisher, abgesehen von den in letzter Zeit allerdings besonders in den Außenvierteln in die Erscheinung getretenen Zuständen, die aber auch durch noch so viel Polizei nicht beseitigt werden, an genügender Sicherheit nicht gefehlt. Die Belästigungen der Bevölkerung durch Angehörige des Landesjägerkorps, die beim Einrücken und längere Zeit darnach an der Tagesordnung waren, sind jetzt seltener geworden. Es liegt also kein Grund vor, die Sicherheitspolizei etwa als unbedingte Notwendigkeit anzuerkennen, zumal wir ja bekanntlich noch die Kriminalpolizei und schließlich eine von der Stadt unterhaltene — Sicherheitswehr genannte — Bürgergarde haben, deren Mitglieder des Nachts in starken Patrouillen durch die hellerleuchteten Hauptstraßen stolzieren. Im Gegenteil muß ganz energisch dagegen protestiert werden, daß neue Beunruhigungen in die Hallische Einwohnerschaft getragen werden können.

Die Sicherheitspolizei besteht in der Hauptsache aus aktiven Unteroffizieren des früheren Heeres, die in Jüterbogk in den Polizeikurien, die dort abgehalten wurden, ihre Ausbildung erhielten. Wenn wir hier an die Tätigkeit dieser grünen Polizei in Berlin erinnern, so befürchten wir, daß es auch hier in Halle, wo bis jetzt musterhafte Ruhe und Ordnung herrschte, sehr bald zu unliebsamen Vorkommnissen führen könnte. Was werden die Steuerzahler Halles dazu sagen, daß man uns ungefragt eine starke Polizeitruppe auf den Hals schickte, die Kasernen belegte in einer Zeit, wo die Stadtverwaltung die größten Anstrengungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot machen muß? Werden die Hallenser damit zufrieden sein, daß sie — direkt oder indirekt — die Kosten dafür tragen sollen, wenn die „Sozialisten" in der Regierung glauben, mit der Schaffung von Sicherheitspolizei-Formationen den uns zugestandenen Heeresbestand künstlich erhöhen zu müssen?

* 34 000 Gewerkschaftler in Halle. In der am Mittwoch abgehaltenen Jahresversammlung des Gewerkschaftskartells wurde der Bericht des Kartellvorstandes über die Tätigkeit im vergangenen Jahr erstattet. Von größtem Interesse dürfte die Mitteilung sein, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von 15 929 auf 33 868 gestiegen ist. Das ist eine ganz gewaltige Vermehrung um 112 Prozent. Es wird Aufgabe des neugewählten Kartellvorstandes, wie überhaupt der in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Genossen sein, die neugewonnenen Gewerkschaftsmitglieder mit dem notwendigen revolutionären Kampfgeiste zu erfüllen, ihnen das Bewußtsein beizubringen, daß die Gewerkschaften nicht nur dazu da sein sollen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, sondern einen maßgebenden Einfluß auf den Produktionsprozeß zu erringen und damit dem Sozialismus die Wege zu ebnen. Dem Vorstandsbericht, auf den wir noch näher eingehen werden, wurde nach kurzer Debatte zugestimmt. In den Vorstand des Ortsausschusses wurden gewählt: Winkler, Holzarbeiter; Berbig, Transportarbeiter; Hopf, Metallarbeiter, Wilsdorf, Bauarbeiter; Kleemann, Buchdrucker; Wagner, Eisenbahner und Kölz, Zentralverband der Angestellten. Zu Revisoren wurden gewählt: Lehmann, Eisenbahner, und Müller, Glaser.

* Die Errichtung einer städtischen Kiesgrube auf städtischem Grund in Trotha wurde in der letzten Sitzung des Bauausschusses beschlossen. Damit ist wieder ein kräftiger Schritt auf dem Wege zur Kommunalisierung der Betriebe, wofür unsere Genossen im Stadtparlament nach Kräften eintraten, getan. Die Kiesmächtigkeit beträgt etwa 7 bis 8 Meter, die daraufliegende Erdschicht nur etwa 80 Zentimeter. Welchen Vorteil die eigene Kiesgrube für die Stadt, die namentlich für die Straßenbahn große Kiesmengen benötigt, hat, geht daraus hervor, daß im Frieden eine Fuhre Sand 3,30 Mk. kostete, jetzt müssen dafür 41,30 Mk. gezahlt werden. Für Herstellung der Zufahrtsstraßen bewilligte der Ausschuß den Betrag von 85 000 Mk.

* Einen „Arbeiterkursus" veranstaltet die Liga zum Schutze der deutschen Kultur vom 8. bis 13. März in Merseburg. Arbeiter des ganzen mitteldeutschen Industriegebietes sollen teilnehmen. Redner sind die bekannten Apostel der Liga Dr. Dietrich und Dr. Stadler. In den Themen der Vorträge ist viel von Politik und Revolution, auch Weltrevolution die Rede. Wir bedauern die Arbeiter, die an den Kursen dieser antibolschewistischen Hetzliga teilnehmen. / Die politische Naivität eines Herrn Dr. Stadler zu bewundern, hatten ja die Merseburger im November vorigen Jahres schon einmal Gelegenheit.

* Die Kriegsopfer fordern die Fürstenschlösser als Erholungsheime. In der am 1. d. M. in Wilsdorfs Gesellschaftshaus abgehaltenen Mitgliederversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und -Hinterbliebenen erstattete der 1. Vorsitzende Bericht über die im Anschluß an die seinerzeitige große Protestversammlung mit dem Magistrat gepflogenen Verhandlungen über eine anderweitige Regelung der Zuteilung von Straßenbahnfreifahrkarten für die im Gehen schwerbehinderten Kriegsbeschädigten und der Versorgung mit billigerem Brennholz und Kleidungsstücken. Ueber die Regelung der Verteilung von Straßenbahnfreifahrkarten wird in Kürze eine Bekanntmachung des Magistrats erfolgen, in welcher die Wünsche der Kriegsbeschädigten-Organisationen berücksichtigt werden. Zu dem von dem Reichsbund für die Tage vom 3. bis 6. April in Würzburg angesetzten Reichsbundestag wurde Kamerad Fiedler als Delegierter gewählt. Als Anträge der Ortsgruppe Halle für den Reichsbundestag wurden unter anderen aufgestellt: Errichtung eines Erholungsheims für Kriegsbeschädigte und -Hinterbliebene vom Reichsbund selbst bzw. Ueberweisung der zur Verfügung stehenden Schlösser der früheren Fürsten, Kadettenanstalten usw. zu diesem Zwecke, Berücksichtigung der besonderen Lage der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen bei der demnächstigen Strafrechtsreform, Errichtung von besonderen Abteilungen für die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge-Angelegenheiten bei den Zentralbehörden, wie dem Reichspostministerium, dem Reichseisenbahnministerium usw. unter Hinzuziehung von Vertrauensleuten der kriegsbeschädigten Arbeitnehmer.

* Abermalige Erhöhung der Postgebühren. Der Verkehrsbeirat hat die neuen Postgebühren, die schon am 1. April in Geltung treten sollen, schleunigst durchberaten, damit sie noch rechtzeitig dem Reichsrat und der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden können. Die wichtigsten Neuerungen sind folgende: Der Unterschied zwischen Orts-, Nachbarorts- und Fernverkehr fällt fort. Einfache Briefe kosten mindestens 30 Pf., Postkarten 20 Pf. (statt bisher 15 Pf.). Briefe über 20 Gramm werden 50 Pf. kosten. Pakete kosten in der Nahzone bis 5 Kilogramm 1,25 Mk. (bisher 75 Pf.), bis 10 Kilogramm 2,50 Mk. (1,50 Mk.), bis 15 Kilogramm 5 Mk. (3 Mk.), bis 20 Kilogramm 10 Mk. (4 Mk.). In der Fernzone bis 5 Kilogramm 2 Mk. (1,25 Mk.), bis 10 Kilogramm 4 Mk. (2,50 Mk.), bis 15 Kilogramm 8 Mk. (5 Mk.), bis 60 Kilogramm 16 Mk. (6 Mk.) Dringende Pakete kosten in Zukunft das Dreifache der neuen Gebühren für gewöhnliche Pakete. Postanweisungen kosten künftig bis 50 Mk. 50 Pf., bis 200 Mk. 1 Mk., bis 500 Mk. 1,50 Mk. Die Gebühr für Drucksachen und Geschäftspapiere werden durchweg auf das Doppelte erhöht. Nur der Postscheckverkehr bleibt von jeder Gebührenerhöhung frei. Auch Postaufträge und der Zeitungstarif werden erheblich erhöht. Die Telegraphengebühren werden verdoppelt. Die Gesprächgebühr für das Einzelgespräch beträgt 20 Pf. für Automatengespräch 40 Pf.

* Geschlechtskrankheiten-Bekämpfung. Mit Unterstützung der Stadt Halle findet in der Martinschule Halle, Charlottenstraße, vom 14. März bis 7. April eine große öffentliche Wanderausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten seitens des National-Hygiene-Museums Dresden und der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten statt. Die Ausstellung ist täglich von 12 bis 7 Uhr geöffnet ärztliche Führungen ebenfalls täglich. Näheres durch Inserate und Plakate.

* Beschlagnahmte Schleichhandelsware. In der Zeit vom 1. bis 29. Februar sind durch die bei der Polizeiverwaltung eingerichtete Wucherstelle folgende im Schleichhandel erworbene Gegenstände beschlagnahmt worden: 17 Pfd. Butter, 28 Pfd. Schmalz, 47¾ Pfd. Margarine, 36 Pfd. Hammelfleisch, 207½ Pfd. Kalbfleisch, 383 Pfd. Rindfleisch, 336 Pfd. Schweinefleisch, 234 Pfd. Wurst, 5 Schinken, 32 Pfd. Speck, 23 Pfd. Talg, 1942 Pfd. Mehl, 100 Pfd. Kleie, 75 Pfd. Gerste, 7 Sack Kartoffeln, 58 Pfd. Seife, 107 Pfd. Tabak, 429 Pfd. Zucker, 698 Ztr. Zuckerrüben.

* Auch die Droschkenfahrt wird teurer. Der von der Polizeiverwaltung genehmigte neue Droschkentarif der Stadt Halle setzt für Taxameterdroschken einen Mindestpreis von 2,80 Mk. fest, und zwar für eine Wegestrecke von 800 Metern für ein bis zwei Personen, 600 Metern für drei bis vier Personen tagsüber und 400 Metern für ein bis zwei Personen zur Nachtzeit. Weitere je 200 Meter kosten 40 Pf. Zuschläge von 1 Mk. werden erhoben für je angefangene 25 Kilo Gepäck, für einen Hund, ferner nachts sowie für jede dritte und vierte Person am Tage.

* Schwurgericht. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde der 1890 geborene Arbeiter Max Vetter wegen versuchter Notzucht und wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an einem 12jährigen Mädchen unter Annahme mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren verurteilt.

* Warnung. Ein gewisser Brüdigam aus Hanau, der in Halle und im Bezirk Merseburg unter dem Namen Rungke auftrat, sucht in Begleitung seiner Frau, geb. Zangern, Geldunterstützungen zu erhalten. Er bezieht sich auf geleistete Arbeit in der Partei und rühmt sich der gemeinsamen Arbeit mit führenden Parteigenossen. Bei näherer Nachprüfung stellten sich seine Angaben als unwahr heraus. Außerdem schädigte er eine Anzahl Parteigenossen um Waren und Geldbeträge. Es wird vor dem Paare gewarnt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200305-14/fragment/page=0006

• **Stadttheater.** Heute, Freitag, abend 7 Uhr gelangt Der Freischütz zur Aufführung. Sonnabend geht Shakespeares Lustspiel Der Widerspenstigen Zähmung in Szene. Sonntag nachmittag 3 Uhr Volksvorstellung: Don Carlos (2. Teil); Sonntag abend: Figaros Hochzeit. Montag: Königskinder.

Schlettau bei Lebejün. **Versammlung.** Seit langer Zeit fand am vergangenen Dienstag in unserem kleinen Orte wieder einmal eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: Schule und Elternbeirat statt. Gen. Krauße-Halle hatte das Referat übernommen und folgten die Anwesenden dessen Ausführungen mit größter Andacht. Die Versammlung war so stark besucht, wie noch keine zuvor. Es wurde allgemein der Wunsch geäußert, bald wieder eine Versammlung abzuhalten, damit auch in die ländlichen Kreise mehr Aufklärung gebracht wird.

Könnern. **Die Jugendwehe** findet hier am Sonntag, den 28. März, statt. Anmeldungen dazu sind bei dem Genossen Friedrich Peter, Obere Braunschweiger Straße 8, anzubringen.

Aus der Provinz.

Ein neues Arbeitsfeld.

III.

Ein weiterer bedeutsamer Posten betrifft das Verkehrswesen, die Provinzialstraßen und die Kleinbahnen. Für Unterhaltung und Umbau der Provinzialchausseen wurden 1917 verausgabt 1 191 174,42 Mk., im Jahre 1918 nur 860 217,21 Mk. Der Zustand der Straßen hat sehr gelitten, da in den letzten Jahren die Ausführung größerer Arbeiten aus den bekannten Gründen unterblieb. Daß sich die Provinz gleichfalls an der allgemeinen Preistreiberei für Obst beteiligt hat, geht daraus hervor, daß der Erlös für die Obstbaumpflanzungen an den Straßen von 97 678,64 Mk. im Jahre 1915 auf 396 629 Mk. gestiegen ist. Obwohl im vergangenen Jahre die Provinzialtelle für Obst und Gemüse eingriff, sind gar 456 868,84 Mk. als Erlös der Obstnutzungen eingekommen. In der Berichtszeit ist die Bautätigkeit auf dem Gebiete des **Kleinbahnwesens** nur gering gewesen, weil derartige Bauten im Interesse der Freihaltung der Arbeitskräfte für die Heeresverwaltung unterlagt war. Im Bau befinden sich zurzeit folgende normalspurige Kleinbahnen bzw. Bahnanlagen: die 12,30 Kilometer lange Kleinbahn von Kirchteilingen nach Hausfömmern, die 20,8 Kilometer lange Kleinbahn von Güsen nach Jerichow, die 21,5 Kilometer lange Kleinbahn von Klötze nach Gr.-Engersen (Umbau in Normalspur), die 15,64 Kilometer lange Kleinbahn von Darnewitz bis Peulingen der Kleinbahnstrecke Peulingen—Bismarck, die 11,25 Kilometer lange Kleinbahn von Schildau nach Mockrehna, Umbau der Einführungsanlagen der Kleinbahn Bergwitz—Kemberg in den Staatsbahnhof Bergwitz, Erweiterung des Kleinbahnhofes Berbendorf, Anschlußgleisanlagen zum Industriegelände am Bahnhof Langenfalza-Ost. Ausführliche Entwürfe sind fertiggestellt für folgende normalspurige Kleinbahnen: von Burgdorf nach Elsterwerda und Ortrand 35 Kilometer, von Seehausen nach Werben 21,17 Kilometer, Umwandlung der 8,70 Kilometer langen Grubenbahn von Weißenfels nach Rossbach in eine Kleinbahn. Unterstützungen sind vom Provinzialausschuß neu bewilligt worden durch die Uebernahme von Aktien im Betrage von zusammen 3 740 000 Mk.

In der Berichtszeit hat die Provinzialverwaltung die Aufgaben, die sie auf dem Gebiete der öffentlichen **Elektrizitätsversorgung** übernommen hat, zu erfüllen versucht. Ihre Tätigkeit ging einmal dahin, die Großversorgung zu regeln, d. h. allen Ueberlandwerken und städtischen Elektrizitätswerken auftäglich arbeitenden Kraftquellen Strom zu verschaffen, welche Aufgabe durch das im Berichtszeitraum gegründete Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt erfüllt werden soll, zweitens dahin, Einfluß auf die einzelnen Ueberlandzentralen zu gewinnen, um wirtschaftlich abgerundete Versorgungsgebiete zu schaffen und in diesen die Leitungsnetze entsprechend den Bedürfnissen betrieblicher und ausreichend auszubauen. Die Provinz ist beteiligt an der Elektrizitätswerk-Sachsen-Anhalt-A.-G., der Ueberlandzentrale Stendal, der Landelektrizität-G. m. b. H. in Halle, am Kraftwerk Thüringen in Gispersleben und an den Landkraftwerken Kulmitz mit rund 7 Millionen Mark, die von der Provinzialbank als Darlehn hergegeben sind.

Zur Förderung der Landwirtschaft wurden wieder ganz erhebliche Summen ausgegeben. In der Provinz bestehen 13 landwirtschaftliche Winterschulen, 1 Wiesenbauschule, 1 Obst-, Wein- und Gartenbauschule, wofür 1917 und 1918 je 61 752 Mk. an Unterstützungen gezahlt wurden. Für ländliche Wanderhaushaltungsschulen sind 3100 Mk. Beihilfen gezahlt worden. An Beihilfen für Landesmeliorationszwecke wurden gezahlt 73 881,42 Mk. und neu bewilligt 236 152,50 Mk. Für Zwecke des Westfonds zur außerordentlichen Förderung der Land- und Forstwirtschaft waren während der Jahre 1917 und 1918 verfügbar 346 224,78 Mk., beim verstärkten Westfonds (Wasserleitungsfonds) 815 061,25 Mk. An Beihilfen wurden bewilligt 51 835 Mk. Bei der Siedlungsgesellschaft Sachsenland ist die Provinz mit einer Siedlungseinlage von 2¼ Millionen Mark beteiligt. Der Provinzialobstbau in Diemitz hatte wieder sehr unter den trockenen Bodenverhältnissen zu leiden, weshalb eine Berieselungsanlage geschaffen werden mußte. Die Einnahmen an Gartenerzeugnissen betrugen 22 386 und 37 125 Mk. Während der Garten im Jahre 1917 einen Zuschuß von 7820,97 Mk. erforderte, wurde 1918 infolge der hohen Obstpreise ein Ueberschuß von rund 5000 Mk. erzielt. Außer den oben angeführten Beihilfen wurden für sonstige Förderung der landwirtschaft noch ganz ansehnliche Summen ausgegeben, für die Hebung von Handel, Industrie und Gewerbe aber so gut wie gar nichts; im Bericht sind wenigstens Angaben darüber nicht gemacht. Ueber dieses klar hervortretende Mißverhältnis, das aber nur eine Folge der rein agrarischen Interessen dienenden Zusammensetzung des Provinziallandtages entspricht, wird noch zu reden sein. Die Städte, also Handel und Gewerbe, dürfen wohl die Hauptlasten für die Provinzialverwaltung tragen, werden dafür aber mehr als stiefmütterlich behandelt, obwohl die Förderung dieser Erwerbszweige doch mindestens ebenso im Interesse der Provinz liegt, wie die der Landwirtschaft, für die ja bekanntlich nach Staatsmittel in reichlichstem Maße zur Verfügung gestellt werden.

Ein gleiches Mißverhältnis ist bei dem Kapitel **Kunst und Wissenschaft** festzustellen, wofür herzlich wenig geschehen ist. Deutlicher kann die Bildungsfeindlichkeit der feudalen Junkerkasse, die in der Provinzialverwaltung bislang unbeschränkt herrschte, nicht in die Erscheinung treten als dadurch, daß den Kunstgewerbevereinen in Magdeburg, Halle, Erfurt und Quedlinburg insgesamt 5550 Mk. bewilligt wurden, und für die Förderung des Handwerks — nichts. Das **Provinzialmuseum** in Halle wurde am 9. Oktober 1918 im üblichen Leise eröffnet. Der Betrieb konnte aber nur unter allerlei Beschränkungen aufrechterhalten werden, da das herrliche Gebäude infolge der Invasion Halles durch Moskettruppen auf über ein halbes Jahr zur Kaserne gemacht wurde, was selbst während des Krieges nicht zu verzeichnen war. Die wirtschaftliche Lage und die durch die militärische Besetzung bedingte Abschneidung des Museums von der Oeffentlichkeit brachte auch sonst Rückgänge besonders in den Stiftungen und Zuwendungen, so daß wiederum alle größeren Ankäufe und Anschaffungen unterbleiben mußten. In der Berichtszeit gingen dem Museum an Neuerwerbungen zusammen etwa 3000 Stücke zu, davon 600 Nummern als Geschenke, 250 durch Grabungen. Die Möglichkeit, dauernd wertvolle Arbeit in der nunmehr der freien Boden stehenden neuen Provinzialanstalt zu leisten, wird abhängen von den Mitteln, die ihr weiter zur Verfügung stehen werden. Unser ganzes Streben wird darauf gerichtet sein müssen, der einseitigen Bevorzugung agrarischer und der augenfälligen Vernachlässigung städtischer Interessen ein Ende zu bereiten.

Die **Witwen- und Waisenversorgungsanstalt der Provinz** gehörten außer dem Provinzialverbande an: 34 Kreise (von insgesamt 49), 110 Stadtgemeinden (von 148), 18 Amtsverbände, 27 Landgemeinden, 4 Feuerversicherungsanstalten und 29 sonstige Verbände und Körperschaften, darunter 10 Körperschaften. Der Versicherungsstand belief sich am 31. März 1919 auf 4428 Personen. — Der **Ruhegehaltskasse** der Kommunalverbände gehörte ungefähr die gleiche Zahl der Körperschaften an, versichert waren 1971 Personen.

Ein ganz besonders wichtiges Kapitel ist das der **landwirtschaftlichen Unfallversicherung.** Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug 1917: 3407, 1918: 3125, die der entschädigten 1823 und 1218. Die Entschädigungsbeträge einschließlich der Kosten des Heilverfahrens und der Kur- und Pflegungskosten haben betragen 1917: 1 539 348,71 Mk., 1918: 1 581 186,70 Mk. Wie die Herren Agrarier, die mit ihrem landwirtschaftlichen Anhang bislang die erdrückende Mehrheit im Provinziallandtag hatten, die Unfallverhütungsvorschriften beachten, geht aus dem Bericht hervor, in dem es wörtlich heißt: Eine allgemeine Prüfung von Betriebseinrichtungen in Hinblick auf die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften hat (angeblich) infolge des Krieges in den Berichtsjahren nicht stattgefunden, vielmehr fanden nur in Fällen, in denen Unfallersatzansprüche in Frage standen, Einzelbesichtigungen statt, und zwar 1917: 117 und 1918: 68. Warum sich die Großgrundbesitzer herzlich wenig um Leben und Gesundheit „ihrer" Arbeiter kümmern, wird in dem Bericht auch selbst gesagt, denn es heißt dort, daß neuen zu spät erfolgter Anzeige von Unfällen in 11 Fällen Ordnungsstrafen im Betrage von 41 Mk. festgesetzt wurden. Der Ueberlebensfall also noch nicht einmal 4 Mk. „Strafe".

Dies von hervorragendster Wichtigkeit des Verwaltungsberichts der Provinz Sachsen für das Etatsjahr 1917 und 1918. Ein umfangreiches, weitverzweigtes Gebiet wirtschaftlicher und sozialer Fürsorge, das sich uns da auftut, ein neues Tätigkeitsgebiet, weert uns unermüdlichen Kampfes um wirklich freiheitliche Verfassungszustände in Preußen. Auf sozialem Gebiete haben die von der Unabhängigen Partei in den Landtag gewählten Genossen schon immer ihre Pflicht erfüllt, sie werden sowohl bei den bevorstehenden Verhandlungen in Merseburg, als auch in dauernder positiver Mitarbeit ihren Mann stellen.

Die Sozialisierung der Mansfelder Gewerkschaft.

Vor einigen Tagen wiesen wir in einer Notiz auf die ungeheueren Gewinne hin, die einige Kapitalisten aus dem Mansfelder Kupferbergbau ziehen. Unser Abgeordneter, Gen. **Kunert**, hat diese Frage jetzt auch in einer „kleinen Anfrage" in der Nationalversammlung aufgerollt. Die Anfrage lautet:

Ist es der Reichsregierung bekannt, daß in dem Mansfelder Kupferschieferbau mit seiner Produktion von Kupfer und Silber ein günstiges Objekt für sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung vorhanden ist? Ist die Reichsregierung jetzt oder später bereit, darauf hinzuwirken, daß die erforderlichen gesetzgeberischen und wirtschaftlichen Konsequenzen aus der Erkenntnis dieser Tatsache gezogen werden, indem sie schleunigst mit der Sozialisierung beginnt?

Leuna. **Zimmerstreik.** Es wird gewiß auffällig sein, daß sich hier die Zimmerleute wieder im Streik befinden; aber das hat seine triftigen Ursachen. Am 26. Januar wurde eine Einigung zur Beilegung des damaligen Streiks erzielt, indem auf die kommende zweite Rate zentraler Abmachung von Teuerungszulage verwiesen wurde. Solange solle man sich geduldigen und sei jene bekanntgeworden, weitere Verhandlungen darüber pflegen, auf welchem Grundlohn sich diese zentral vereinbarte Zulage aufbauen solle. Die Arbeitervertreter hatten am 26. Januar nicht den geringsten Zweifel hinterlassen, daß sie nur mit diesem Vorbehalt eine Aufnahme der Arbeit empfehlen konnten. Das Gegenteil von dem hatten anscheinend die Unternehmer angenommen, denn sie erklärten jetzt bei der Verhandlung, die Berliner Abmachung vom 14. Februar sei für sie bindend, und davon gingen sie nicht ab. Wie liegt nun die Sache? Es bestand am 10. Dezember ein Stundenlohn von 2,50 Mk. Durch den Streik im Januar wurden für die Stunde 3,45 Mk. errungen. Auf Grund der sogenannten Reichszulage stieg der Lohn vom 14. Februar an auf 3,75 Mk. Nun sind aber die Erhöhungen nur Abschlagssätze auf die gesetzlie Forderung von 100 Prozent zu dem Lohn von 10. Dezember. Das ist wiederholt betont worden bei allen stattgefundenen Verhandlungen. Die Unternehmer wollen freilich davon nichts wissen; sie meinen, man habe sich doch am 26. Januar „geeinigt" und die Vertreter hätten „zugestimmt". Es ist aber eben anders, und deshalb, weil die Bauunternehmer nicht ernstlich die Verhandlungen mit uns aufnahmen, die bekannte Verschleppungstaktik anwenden wollten, griffen die Zimmerer zum letzten Mittel, dem Streik. Die Verantwortung dafür fällt auf die Unternehmervertreter, denn sie müssen wohl längst eingesehen haben, daß trotz des verschärften Belagerungszustandes die Zimmerer bis zum letzten Angenblick im Kampf ausharren werden. Die Spekulation der Unternehmer muß an dem festen Willen der Arbeiter völlig scheitern. Am Sonnabendvormittag um 10 Uhr findet wieder eine Versammlung der Zimmerer auf dem Werke statt. Es wird lediglich von dem Standpunkte der Unternehmer abhängen; sind jene zu einem annehmbaren Angebot bereit, so müssen diese mit der Arbeiterorganisation weiterverhandeln.

— **Zur Beachtung.** Solange die Differenzen und der Streik dauern, ist für Zureisende nach unserem ganzen Zahlstellengebiet keine Gewähr auf Arbeit gegeben. Es wird deshalb angeraten, Merseburg nicht zu passieren. Jede Vermittelung von Arbeit nach hier durch die Nachweise ist strikte abzulehnen.

Bitterfeld. **Der Vortrag mit Lichtbildern** über die Anlegung und Ausgestaltung des modernen Friedhofs, den Herr Stadtbaumeister Foß (Halle) in unserer Stadt zu halten sich bereit erklärt hatte, findet voraussichtlich Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr, in der Aula des Museums statt. Wir können den Vortrag nur wärmstens empfehlen und wünschen ihm den guten Besuch, den der interessante und anregende Gegenstand verdient. Der Eintritt ist frei.

Piesteritz. **Aus der Bewegung.** In einer öffentlichen Versammlung referierte am 2. März die Genossin Wachsig (Weißenfels) über die wirtschaftliche Lage. Die aufbeschlossene Versammlung folgte interessiert der Referentin bei ihren trefflichen Ausführungen. Eine vorgelegte Resolution gegen die politischen Morde in Ungarn fand einstimmige Annahme. Im 2. Punkt der Tagesordnung wurde über den Stand des Lokalkampfes um den Konsumsaal der Reichswerke berichtet. Das Lokal steht unter Boykott und wir weisen alle Genossen und Genossinnen darauf hin. Die Versammlung verlief gut, nur ein Syndikalist konnte nicht umhin, den Genossen des Arbeiterrates Wittenberg sowie einigen Genossen im Orte über angebliche Unregelmäßigkeiten bei Beschlagnahmungen Vorhaltungen zu machen. Wir werden nicht unterlassen, die Angelegenheit zu prüfen, obwohl natürlich die Haltlosigkeit der Beschuldigungen klar zutage liegt.

— **Die Elternbeiratswahl** findet am Sonntag, den 7. März, von 1 bis 7 Uhr nachmittags statt. Versäume kein Genosse und keine Genossin die Wahl. Die Gegner versuchten Wirrwarr in die Wahl zu bringen, indem sie Genossen von uns auf ihre Liste setzten, ohne ihnen irgendwie Aufklärung zu geben. Es ist auch über die Liste der Gegner ein Protest eingegangen, da bei derselben einige Vornamen von Kandidaten fehlen.

Delitzsch. **Arbeiterelternbeiratswahl.** Am Sonntag, den 7. März, finden die Wahlen zu den Elternbeiräten der hiesigen Volksschulen statt. Die Bedeutung dieser Wahlen ist im Volksblatt bereits gewürdigt worden. Die Liste der Arbeiterschaft für die Knabenvolksschule lautet: R. Hampe, Glaser, für die Mädchenvolksschule: Paul Küstner, Schneidermeister. Sorgt dafür, daß die Vertreter der Arbeiterschaft einen glänzenden Sieg erringen. Jeder Mann und jede Frau, welche Kinder zur Schule schicken, auch die, welche erst diesen Ostern Kinder zur Schule senden, müssen zur Wahl gehen. Versäume keiner seine Pflicht. Arbeiter, Arbeiterinnen, es geht um das Wohl eurer Kinder! Die Wahlzeit dauert von vormittags 9 bis 12 Uhr. Wahllokale sind für Knaben die Knabenvolksschule, Bitterfelder Straße, für Mädchen die Mädchenvolksschule, Hindenburgstraße. Beide Eltern sind doppelt wahlberechtigt, wenn sie Kinder in beide Schulen senden. Weitere Aufklärung in der heute abend stattfindenden Versammlung.

Bitterfeld. **Wer hat am Streik schuld?** Die Arbeiter des Luisenwerkes hatten bisher einen Durchschnittslohn von 2 Mk. die Stunde. Da die wirtschaftliche Lage sich andauernd verschlechterte, hatten sie beschlossen, eine Lohnerhöhung von 50 Prozent zu fordern. Kollege Gutsohr vom Fabrikarbeiterverband wurde mit dem Arbeiterausschuß bei der Direktion vorstellig, und die Verhandlung hatte das Ergebnis, daß man sich auf 40 Prozent einigte. Daraufhin wurde eine Versammlung veranstaltet und der Arbeiterschaft das Resultat bekanntgegeben. Auf Drängen der Direktion sollte der Ausschuß auch bei der Versammlung dahin wirken, einen Akkord zustandezubringen. Es wurde über beide Punkte geheim abgestimmt. Das Resultat war, daß die 40 Prozent mit großer Mehrheit angenommen wurde, während für den Akkord nur zwei Stimmen waren. Dieses Ergebnis verdroß die Direktion, so daß sie auch die 40 Prozent sofort zurückzog und überhaupt nichts bewilligte. Darauf trat die Arbeiterschaft, als nochmalige Verhandlungen den Starrsinn der Direktion nicht brechen konnten, in den Streik. Notstandsarbeiten werden vorläufig noch verrichtet. Es soll der Versuch gemacht werden, beim Schlichtungsausschuß die Angelegenheit zu regeln.

Eilenburg. **Stadtverordnetensitzung vom 1. März.** Der Versammlung wurde vorgeschlagen, den Haushaltsplan von 1919 vorläufig auch für 1920 weiter zu benutzen, bis das Steuerverhältnis zwischen Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern festgelegt ist. Hierzu bedarf es aber noch der Einsetzung von einigen neuen Ausgaben, vor allem der Reform des Schulwesens, was zusammen eine Neuausgabe von 72000 Mk. erfordert. Dem wurde zugestimmt. Ueber die Schulreform, die an anderer Stelle einmal ausführlich behandelt werden muß, entwickelte sich eine lebhafte Debatte. Es fiel manchem der bürgerlichen Stadtverordneten schwer, der Allgemeinheit eine Steuer aufzubürden, welche vor allen den Minderbemittelten Vorteile verschafft. Doch nur Herr Jungwirth plädierte ernstlich gegen die Schulreform und sprach von Experimenten die auf Kosten der Stadt vorgenommen werden sollten. Herr Jungwirth scheint auf diesem Gebiete wenig beschlagen zu sein, denn sonst müßte er wissen, daß andere Städte schon vor dem Kriege noch weitergehende Reformen vorgenommen haben. Die Reform ist kein Experiment Eilenburgs, sondern nur der Anfang zu einer wirklichen Schulreform. Genosse Raute kennzeichnete treffend das Verhalten des Stadtv. Jungwirth, das darin gipfelt, die Bildungshebung der Minderbemittelten zu unterdrücken. Bisher hat man sich nicht daran gestoßen, daß z. B. für einen Volksschüler ein verschwind oder Zuschuß geleistet wurde, gegen den Schüler einer höheren Schule. Auch hier mußte die Allgemeinheit die Kosten tragen, nur im umgekehrten Verhältnis. Der Sohn oder die Tochter begüterter Eltern erhielt 8mal mehr Zuschuß als der Volksschüler. Diesen Ueberlistand wollen wir beseitigen und nur die Beschäftigung soll den Ausschlag für den Besuch einer höheren Schule geben, nicht aber wie bisher der Geldbeutel der Eltern. Genosse Dittrich erklärte die Stellungnahme der unabh. sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, die einstimmig der Reform zustimmen werde. Das bedeutet aber nicht, daß wir diese Reform als mustergültig und als Verwirklichung kulturreformerischer Ideale betrachten. Nur weil wir eingesehen haben, daß die technischen und finanziellen Schwierigkeiten zur Zeit keine bessere Lösung zulassen, werden wir uns vorläufig mit diesem Abschlag abfinden. Daß dieser Mindestforderung ein Stadtverordneter seine Zustimmung versagen konnte, weil sie zu weit geht, hält Genosse Dittrich nicht für denkbar. Die Schulreform wird dann gegen die Stimme des Stadtv. Jungwirth beschlossen. Zur Deckung dieser Kosten soll eine Gewerbesteuerordnung geschaffen werden. Um auch hier den wirtschaftlich Schwächeren nicht zu treffen, scheidet dabei die 4. Gewerbesteuerklasse vollständig aus und die 3. Steuerklasse wird nur mit einem niedrigen Prozentsatz belastet. Den Hauptteil trägt die erste Steuerklasse. Die Veranlagung geschieht nachdem für die Veranlagung zur Gewerbesteuer geltenden Grundsätzen, nur der Maßgabe, daß die dort festgestellten Steuersätze eine Erhöhung erfahren. Die Erhöhung beträgt für die Gewerbesteuerklasse I 50 Prozent, II 35 Prozent und III 15 Prozent. Für Betriebe, in denen mehr als 50 Personen beschäftigt werden, tritt eine weitere Erhöhung ein. Gegen 6 Stimmen wurde die Vorlage angenommen. Einer Erhöhung der Kurrentsteuer für alle zu Verpachtungen ausgegebenen Eintrittskarten um 100 Prozent wurde zugestimmt. Durch die erhöhten Kohlenpreise usw. mußte eine abermalige Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise vorgenommen werden. Leuchtgas kostet künftig 1,10 Mk., Motorengas 1,08 Mk. und Automatengas 1,15 Mk. pro Kubikmeter, elektrisches Licht 1,10 Mk. und elektrische Kraft 80 Pf. pro Kilowattstunde. Eine Anregung des Genossen Vogel, das Gaswerk durch einen Sachverständigen einmal einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, ist bereits von den Mitgliedern der Gasdeputation eingeleitet worden. Vor einiger Zeit hatte die Stadtverordnetenversammlung, gestützt auf die außerordentlich teuren Verhältnisse in Eilenburg, eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze vorgenommen. Der Minister hat hierzu die Genehmigung versagt. Es dürfen künftig nur Sätze der Ortsklasse 6 gezahlt werden. Die vorgeschriebenen Sätze betragen für männliche Personen über 21 Jahre 4 Mk., unter 21 Jahre 3 Mk. Weibliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalte eines anderen leben 3,50 Mk. und sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben 3 Mk., unter 21 Jahren 2,25 Mk. für den Arbeitstag. Für Familienangehörige des Arbeitslosen beträgt die Unterstützung an die Frau 2 Mk. und für jedes Kind 1,50 Mk. pro Tag. Da die Polizeistunde bis 11 Uhr verlängert worden ist, wird die Lustbarkeitssteuerverordnung dahin geändert, daß der erhöhte Steuersatz nicht von 10 Uhr, sondern von 11 Uhr in Frage kommt.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Harz 42-44.

Sprechstunden für auswärtige Partei- und Gewerkschaftsmitglieder nur vormittags von 11 bis 1 Uhr; für in Halle wohnende **nur** nachmittags von 4½ bis 7 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Geschäfts-Eröffnung!

Allen werten Nachbarn und Bekannten zur gefl. Kenntnis, daß ich Sonnabend, 6. März, das

Blumengeschäft und die Kranzbinderei

(früher Wittig) wieder eröffne.

Um gefälligen Zuspruch bittet

E. Knoch, Beesener Straße 84.

— Telephon 2368. — 8888

Grosse **Stumpen**

eingetroffen, Mille 520,— Mark.

M. Jaspers Zigaretten-Zentrale

96 Leipziger Str. 96. 8887

Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Handtücher, Bettwäsche, Inletts, Herren-, Damen- und Kinder-Hemden, Unterhosen, Unterröcke, Schürzen usw.

kaufen Sie staunend billig bei

Rosenthal, Pfälzerstr. 7.

Kein Laden, geringe Spesen, darum sehr billig. 8828

Ansichts-Postkarten

empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

Langjähriger erster Schleifer

zum sofortigen Antritt gesucht. *4776

Grube Leopold bei Holzweißig.

Aufwartung f. einige Vormittagsstund. gef. Dessauerstr. 81 r. 8817

8829 Gr. Schulmädchen, 3—4 Std. tägl., monatlich 25—30 Mk. Frisch, Rich. Wagnerstr. 35 II.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200305-14/fragment/page=0007

Volkspark, Burgstr. 27.

Heute, Freitag: 8841

Grosser Ball

Hierzu ladet ein **Die Geschäftsleitung.**

Volkspark.

Sonntag, den 7. März, von nachmitt. 3 Uhr an bis abends 11 Uhr, im großen Saal: 8839

Großer Ball

des Eisenb.-Unterhaltungs-Zirkels 1919.
Hierzu ladet freundl. ein Der Vorstand.

Kramers Künstlerspiele,

Delitzscher Straße 2. Am Riebeckplatz.

Roma & Charly, das elegante Tanzpaar, 8820
Gabor Gabero, elastische u. äquilibrist. Spiele,
Bondi-Duo, das brillante komische Salon-Duett,
Leni Ravenstein, jugendl. Vortragskünstlerin.

Pfälzer Schießgraben.

Sonntag von 3 Uhr an *4797

Oeffentlicher Ball.

Kraftsport- u. Artistenverein Achilles

Sonntag, den 7. März, von nachm. 3 Uhr an, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus:

Tanzkränzchen.

Freunde und Gönner des Vereins, sowie geladene Gäste, sind herzlich eingeladen.
8816 **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!

Trothaer Ballsäle.

Sonnabend, den 6. März cr., Anfang 6 Uhr:

Kränzchen

des Vereins Klub Humor 8834
verbunden mit: **Grossem Preistanz.**
Tanzen und Eintritt frei.
Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Leuchtturm.

Morgen Sonnabend: 8832

Oeffentl. Preis-Maskenball

Sonntags u. Mittwochs: Ball

Gasthof Freiheit-Oppin.

Sonntag den 7. März:

Grosser öffentl. **Preis-Maskenball**

Hierzu ladet freundlichst ein *4785
Gustav Ferl.

Delitzsch.

Arbeiter-Bildungsausschuß.

Sonntag, den 7. März, vorm. 10 Uhr:

Führung durch das städtische Wasserwerk.

Sammelpunkt: **Am Eingang desselben.**
*4794 **Der Vorstand.**

Damen- und Herren- **Hüte**

zum Waschen, Färben und Umpressen bringen Sie
bitte jetzt
in unsere Modernisier-Abteilung, damit dieselben rechtzeitig fertiggestellt werden können. 8113

Ad. Künzel,
Halle, Leipziger Strasse 69.

Echten Nordhäuser Kautabak, Rauchtabak, Englische Zigaretten

zu haben bei 8056

R. Hennicke,
Königstr. 5. Königstr. 5.

Nähmaschinen

auf Wunsch Teilzahlung. 7725

Reparatur-Werkstätte für Nähmaschinen
Karl Möller, Schmeerstr. 1. Fernruf 6323.

Einen Posten **halbe Damenschuhe,**
" " **Damenschnürschuhe,**
" " **Herrenschuhe**
verkauft zu herabgesetzten Preisen
Radewell, Thalstraße 3 II. *4796

Zentral-Verband der Angestellten

Ortsgruppe Halle (Saale).

Einladung 8849

zu dem morgen, **Sonnabend,** nachmittags 5 Uhr im Volkspark stattfindenden

Tanz- u. Unterhaltungs-Abend.

= 2 Kapellen. = = 2 Kapellen. =

Um zahlreichen Besuch bittet Die Ortsverwaltung.

Karten sind noch an der Kasse zu haben.

Holzarbeiter-Verband Halle.

Stellmacher. 8831

Sonnabend, den 6. März, von nachm. 5 Uhr an, im Volkspark (kleiner Saal):

Branchen-Vergnügen.

Hierzu ladet freundlichst ein. **Der Festausschuss.**

Besichtigung der Schaufenster erbeten, sie sagen Ihnen alles.

Am besten und billigsten

kaufen Sie Ihren Frühjahrsbedarf in

Jackettanzügen in allermodernsten Farben und neuester Machart, von Mk. **225⁰⁰ an**
Herren-Ulstern in den schönsten Stoffen u. Farben, neueste Form., m. Gurt u. Falt. v. M. **250⁰⁰ an**
Sportanzügen in den neuesten Fassons, von Mk. **225⁰⁰ an**

Neu eingetroffen:

Anzug-, Paletots- und Ulster-Stoffe.

zur Anfertigung nach Maß bei vorzüglicher Ausführung und billiger Preisstellung.

Stoffe werden auch meterweise abgegeben.
Hosen in grösster Auswahl.

Moritz Rosenthal,

Leipziger Strasse 1. 8835

Besichtigung der Schaufenster erbeten, sie sagen Ihnen alles.

Ausweis mitbringen!

Zahle

8843 für

Kupfer	Kilo	21,20 Mk.
Rotguß	"	21,20 "
Messing	"	11,20 "
Blei	"	7,70 "

Betriebe, Klempner, verwandte Berufe und Metallsammler erhalten Extrapreise.

Metallaufkäufer gesucht!

Dachritzstraße 4, Hof.

Ausweis mitbringen!

Zigaretten

englische, amerikanische u. ägyptische
T. u. B., Chesterfield, Piedmont, Happi Hit, Gloriette, Tadmor, Cavalla, Helmar.
Alles extra starke Marken.

K. Gimpel, Alte Promenade 6.

Nicht mit Neue Promenade verwechseln. 8787

Wer sparen will,
trage meine Qualitäts-
Dauerwäsche
mit Stoffeinlage. Kalt abwaschbar. 8308

Kragen
Manschetten
Vorhemden
Alle Formen
Alle Weiten

Dauerwäsche-Spezialhaus
53 Geiststraße 53

Achtung!

Täglicher Ankauf von Fellen jeder Art
zu höchsten Tagespreisen.

Paul Günther, Graseweg 8

Geschäft für sachgemäße Zurichtung und Verarbeitung von Fellen, auch für Privatkundschaft. 7532

7520 **Möbel-Transporte** sowie **Speditionsfuhren** führt sachgemäß aus **Alb. Ackermann,** Thomasiusstr. 15. Tel. 5643

Ordentl. Mädchen am l. v. Lande, b. gutem Lohn gesucht. 8824
Fleischerei, Glauchaerstr. 28.

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, nv. Ohrschmerz
Über unsere tausendfach bewährt. patentamtlich geschützt. Hörtrommeln. Bequem u. unsichtbar z. trag. *4215 Glänzende Anerkennungen.
Sanis Versand München 116.

Sekt-, 8179
Wein- und Dänische Sahneflaschen
kauft zu höchsten Preisen
A. Holland,
Zapfenstraße 18.

Altkleiderstelle.
Kaufe zu höchst. Preisen **Möbel, Wäsche, Garderobe, Schuhwerk, Musikinstrumente, Prismengläser, Uhren, Wertsachen, Pfandscheine.**
F. Hennicke, 7528
Kl. Ulrichstr. 15. Tel. 1414.

Ich habe in einer Belegschaftsversammlung am 25. Jan. d. J. in Grünewalde d. Betriebsdirektion Mückenberg der Braunkohlen- u. Brikettindustrie (A.-G.) den Vorwurf der Lüge gemacht. Ich bedaure diesen Vorwurf und nehme denselben mit der Bitte um Entschuldigung hiermit zurück. *4787
Ernst Kleinichen.

Vereins-Anzeiger

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. :: Jahresbeitrag: Millimeter 7.50 Mark.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor
Mittwoch, den 10. März, im Volkspark:
Singestunde.
Bässe 6½, Tenöre 8 Uhr.

Frauen- und Mädchenchor.
Jed. Dienstag, ½9 Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Touristen-Verein
„Die Naturfreunde"
Sonntag: Treffwanderung nach Hettstedt (Gildbars). Abfahrt: Sonnabend, abends 7.30 Uhr, vom Hettstedter Bahnhof. Abmarsch: Sonntag, früh 6 Uhr, von der Kröllwitzer Brücke.

Turnverein Fichte.
Männer-Abteil., Norden: Dienst. u. Freitag 8-10 U. Turnerinnen: Mittw. 8-10. Volkspark-Turnhalle. Männer-Abteil., Süden: Montag und Freitag, von 7—9 Uhr, i. d. Glauchaer Schule, Taubenstraße.

Mandolinen-Gesellschaft Harmonie, Halle a. S.
Vereinslokal: „Zur Plauderecke", Augustastr. Verein zur Pflege und Förderung nur gut. Mandolinen- u. Lautenmusik auf breitester Grundlage f. Damen u. Herren. Jeden Freitag: Uebungsstunde.

I. Athletenklub von 1890 in Halle a. d. Saale.
Vereinslok.: **Gold. Kette.** Sonnab. **Uebungsstunde.** Jeden Sonnabend nach dem 1.: **Versammlung.**

Artisten-Börse.
Halle a. S. Fernspr. 2884.
Vereinslokal: **Zur Plauderecke,** Augustastr.
Sitzung:
Jeden Mittwoch.
Humoristen, Komiker Duette, Geiger u. Pianisten sind und müssen zu jeder Gelegenheit zu haben sein
Jugend-Abteilung: Zusammenkünfte jeden Mittwoch i. Vereinslokale.

I. Hall. Mandolin.-Orchester.
Verein z. Pflege nur guter Mandol.- u. Lautenmusik. Uebungsstd.: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, in Borks Restaurant, Kurze Gasse 1.

I. Gitarre-Zither-Verein, A.-G.
Vereinsl.: Rest. zur Eiche, Körnerstr. 25. Jed. Mittw. ½8 Uhr: Uebungsstunde.

Freie Sozial. Jugend, Halle.
Jugendh.: Rathausstr. 16, geöffn. von 7 Uhr bis 10 Uhr abends.
Heute: Leseabend und Brettspiele.
Sonnabend: Arbeitsabend für Funktionäre.
Sonntag: Nachmittags-Ausflug. Abmarsch vom Wettiner Platz ½2 Uhr. — Von der Kröllwitzer Brücke um 2 Uhr. Dort Treffen m. d. Osmünder Ortsgruppe zum frohen Beisammensein i. Freien.
Montag: Arbeits-Gemeinschaft.

Arbeiter-Schwimm-Verein, Halle a. d. S. (E. V.)
Vereinslokal: Thümmler, Jakobstraße. Versammlung a. 1. Sonntag nach dem Monatsersten bei Thümmler.
Uebungsstunden: Donnerstag v. 7-8 Uhr: Damenabteilung. Von 8-9 Uhr: Männerabteilung.
Sonntag, 9 Uhr: Versammlung bei Thümmler.

Internat. Bund der Kriegsbeschädigt.-Teilnehmer und -Hinterbliebenen. Ortsgruppe: Halle (S.)
Jed. Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats: Mitglieder-Versammlung

Arb.-Samariter-Kol. Halle
Jed. Freitag: Uebungsstunde in der „Goldenen Kette".

Verband der Buchbinder.
Heute, Freitag, 5. März, abends 7 Uhr, im Volkspark (Kartellzimmer): Mitglieder-Versammlung.

Ammendorf.

Turnverein Fichte. Radewell u. Umgegend.
1. Abteil.: Dreierhaus Osendorf. Turnst.: Dienstag u. Freitag v. 8-10 Uhr.
Schülerabteilung: Mittwoch von 5½—7 Uhr.
2. Abteil.: Schützenhaus Ammendorf. Dienstag u. Freitag von 8—10 Uhr.
3. Abteil.: Radewell, Gasth. Radewell. Dienstag von 8—10 Uhr.
Schülerabteilg.: Dienstag von 5½—7 Uhr.
Turnerinnen: Donnerstag von 8—10 Uhr.

Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend.
Sonnabend, den 6. und Dienstag, den 9. März, ½8 Uhr: Singestunde für Männerch. i. Teichmanns Hotel. Der Vorstand.

Kröllwitz.

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung: Jed. Donnerstag 8-10 Uhr.
Dramatische Abteilung: Jeden Mittwoch 8-10 Uhr.
Turn-Abteilung: Dienstag u. Freitag 8-10 U.
Wander- u. Mandolin-Abteilung:
Für Mädchen: Mittwoch ½8-½10 Uhr.
Für Burschen: Donnerstag ½8-½10 U.
Bibliothek: Donnerstag v. 8-10 Uhr.
Sonnabend, d. 6. März, abends ½8 Uhr: Mitglieder-Versammlung.

Merseburg.

Gewerkschafts-Kartell Merseburg.
Jeden 1. Donnerstag im Monat, abds. 7½ Uhr: Sitzung im „Thüringer Hof". **Der Vorstand.**

Neueste Operetten-Grammophon-Platten
wieder vorrätig.
C. Dorn,
Oleariusstrasse 6a, am Hallmarkt. 7526

Echter Kautabak,
garantiert reiner Blättertabak, Nordhäuser Beize, in großen, festen Rollen:

100 Rollen	**à Mk. 1.00,**
500 Rollen	**à Mk. 0.96,**
20 Proberollen	**à Mk. 1.10,**

ab hier geg. Nachnahme. Garantie für tadellose Ware. *4671
W. Hentrich,
Wahren i. S. 21.

Wo lassen Sie Ihre Kragen, Oberhemden und Leibwäsche **waschen?**
Nur noch in der
Dampf-Waschanstalt Halloria
Halle a. S.
Marionstrasse 2
8 Minuten vom Riebeckplatz entfernt
Fernsprecher 5692 8112

Alle Sorten
Felle,
Häute, Tierhaare und Wolle 7531
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2. Tel. 1178.

Bettnässen
wird **sofort** beseitigt. Jedermann erhält kostenlose Ausk. nach Angabe v. Alter u. Geschlecht. *4216
Dr. med. **Th. Eisenbach, München**
Schwanthalerstr. 43/A. 30.

Familien-Nachrichten.

Verband der Tapezierer.
Filiale Halle.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege

Otto Kielhorn

nach längerem Leiden am 8. März 1920 verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Nordfriedhofes aus statt.
8822 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben unvergeßlichen Frau, unserer Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Marie Philipp geb. Aleithe

sagen wir auf diesem Wege allen denen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten und sie zur letzten Ruhe geleiteten, unseren herzlichsten Dank. Dank dem Arbeiter-Gesangverein für die schönen Lieder im Trauerhaus und am Grabe sowie für die Blumenspende. Dank den Frauen des Distrikts Wörmlitz-Böllberg der U. S. P. D. und dem Genossen Otto Berwig für die sinnreichen Worte am Grabe.

Böllberg, den 4. März 1920.

Der trauernde Gatte **Ewald Philipp**
*4789 **nebst allen Angehörigen.**

Zurückgekehrt vom Grabe unseres heißgeliebten einzigen Kindes sagen wir allen für ihre Teilnahme uns. herzl. Dank. Dank a. d. Arbeitskoll. sowie Herrn Pastor Gieseke f. seine trostreich. Worte. 8823
Die trauernden Eltern
Wilh. Thiele und Frau geb. Brandau.

Deutsch. Landarbeiter-Verband :: Halle a. S.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verschied am 1. März unser treuer Kollege u. Verbandsmitglied

Hermann Reichmuth
aus Wörmlitz bei Halle a. S.

Wir werden ihm ein gutes Andenken bewahren. 8842

Ruhe sanft,
Du hast gekämpft.
Der Vorstand.

Kaufe alle Wertsachen!
Ferngläser, 8815
Silber- und Gold-Uhren Ketten, Ringe, Bruchgold jeder Art, Musikinstrumente
Schleich, Alter Markt 34.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200305-14/fragment/page=0008